Einzelnummer 1,— Mk. (Sonnabends 1,50 Mk).

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 15.— Mk., vierteljährlich 45.— Mk.
Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 5,— Mk., von auswärts 7,— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 15,— Mk., von auswärts 20,— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postscheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 3290.

Nr. 126 | Mittwoch, den 31. Mai 1922 | 13. Jahrgang

Ein nationaler Trauertag im Reichstag.

Der Reichstag hielt gestern eine besondere Sitzung ab zur Beratung des in Genf geschlossenen deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien und der dazu gehörenden Nebenabkommen. Die vier schwarz-rot-goldenen Flaggen auf den Zinnen des Reichstagsgebäudes waren halbstock gehißt. Im Sitzungssaale war ein großes Banner in den Farben der Provinz Schlesien, weiß-gelb mit dem schlesischen Adler, angebracht und mit Trauerflor behängt. Abg. Hötzsch als Berichterstatter über die Beratungen des Ausschusses dankte unsern Unterhändlern und richtete herzliche Abschiedsworte an die von Deutschland losgerissene Bevölkerung, mit welcher Deutschland im Geiste verbunden bleiben werde. Reichskommissar Dr. Schiffer führte aus, ob der Vertrag durch juristische Medikamente die blutende Wunde heilen kann, die uns geschlagen wurde, ist zweifelhaft, ebenso ob die Fortführung eines gesunden Wirtschaftslebens überhaupt in den losgetrennten und angrenzenden Gebieten möglich ist. Der Abschluß des Vertrages bedeute keinen Abstrich von unserer Rechtsverwahrung gegen die Grundlage des Vertrages und gegen die Entscheidung der Entente in Oberschlesien. (Beifall.) Ueber diese Dinge darf kein Gras wachsen. Das Unrecht darf nicht Recht werden. Die krasse Gewalttat darf nicht vergessen werden. (Lebhafter Beifall.)

Im Laufe der Debatte dankte der Reichskanzler dem deutschen Vertreter für die aufopferungsvolle Arbeit. Besonderer Dank gebührt aber der oberschlesischen Bevölkerung für die alle Begriffe übersteigende Geduld, die sie auf dem langen Leidenswege vom Versailler Vertrag bis heute bewiesen habe. Gewiß hätten auch gegenüber der brutalen Gewalt, die im polnischen Aufstand verübt wurde, oberschlesische Männer in ehrlicher Aufwallung und mit gutem Recht sich zur Verteidigung der Heimaterde zur Wehr gesetzt. Niemand kann ihnen das verwehren. Ehre gebührt dem Andenken der Gefallenen. Das heute vorliegende Gesetzeswerk soll dem Frieden in Oberschlesien und dem Gedanken der Verständigung in ganz Mitteleuropa dienen und er bitte, das Gesetz anzunehmen, um auch der oberschlesischen Bevölkerung, die keine Katastrophe wolle, nicht neuen Ruin, sondern den Frieden zu geben. (Lebhafter Beifall.) Schließlich wurde der Vertrag in allen drei Lesungen mit zweidrittel Mehrheit gegen die Rechte und die Kommunisten angenommen. Präsident Loebe knüpfte daran Worte der Trauer über den Verlust Oberschlesiens, welche von den Regierungsmitgliedern und den meisten Abgeordneten stehend angehört wurden. Er schloß: In Not getrennt, in Treue vereint. Unvergänglich möge diese Treue hüben und drüben sein, unvergänglich auch die Rechtsverwahrung, die die deutsche Regierung gegen die Teilung Oberschlesiens eingelegt hat. (Lebhafter Beifall.)

*

Neue Unruhen in Oberschlesien.

Nach Meldungen verschiedener bürgerlicher Blätter ist es in Oberschlesien zu neuen Unruhen gekommen. So durchzogen Trupps von 20—500 Menschen, polnische Lieder singend, die Straßen von Kattowitz. Personen, die für Deutsche gehalten wurden, wurden auf das grausamste verprügelt. In der Mühlstraße wurden drei Leute vor dem Hause des deutschen Volksbundes halbtot geschlagen. Auch auf dem Wilhelmsplatze wurden mehrere Leute schwer mißhandelt. Die Besatzungstruppen und die Polizei sehen tatenlos den Ausschreitungen zu. Auch in der Umgebung von Kattowitz herrschen ähnliche Zustände. So wurden auf der Baildon-Hütte und der Ferdinandgrube die deutschen Arbeiter schwer mißhandelt. In Laurahütte ereigneten sich ähnliche Vorfälle. Nach den bisherigen Feststellungen befinden sich unter den Mißhandelten zwei Lehrer, ein Arzt und ein Kaufmann. Die Ortschaften Ruda, Kunzendorf, Paulsdorf, Makoschau, Bielschowitz usw. durchziehen polnische Banden, die mit Gewehren bewaffnet sind. Der deutsche Bevollmächtigte bei der Interalliierten Kommission in Oppeln hat die Kommission auf die ernsten Zwischenfälle in Kattowitz hingewiesen und sie um den Schutz der Deutschen vor den polnischen Ausschreitungen ersucht.

Deutschnationales Mißtrauensvotum im Reichstag.

Der Reichstag setzte in der gestrigen Nachmittagssitzung die Besprechung der Erklärung der Reichsregierung fort. Abg. Hötzsch (Dnatl.) brachte folgenden Antrag seiner Partei ein: Der Reichstag mißbilligt, daß die Regierung bei den Verhandlungen über die Reparationsfrage in einer Weise verfährt, die mit dem Rechte und der Verantwortlichkeit des Reichstages nicht vereinbar ist. Unter diesen Umständen versagt der Reichstag der Regierung das Vertrauen. Die Abstimmung über diesen Antrag erfolgt erst heute.

Zum Schluß der Besprechung der Regierungserklärung gab der sozialdemokratische Abg. Jacker-Düsseldorf im Namen der Abgeordneten für die Kreise Düsseldorf Ost und West eine Erklärung ab, die Protest erhebt gegen die Fortdauer der Besetzung, nachdem die wirtschaftlichen Sanktionen durch die Unterzeichnung des Londoner Ultimatums im wesentlichen aufgehoben seien. Vor der ganzen Welt müsse festgestellt werden, daß sich diese Sanktionen auf kein Recht und auf keinen Vertrag stützen, daß sie lediglich der Ausdruck der nackten Willkür und Militärgewalt seien. An die Ententeländer gehe der Appell, dafür zu sorgen, daß diese mit den in Genua verkündeten Prinzipien im schärfsten Widerspruch stehenden Sanktionen umgehend aufgehoben würden.

Der Hindenburg-Rummel in Ostpreußen.

Hindenburg macht augenblicklich eine Reise durch Ostpreußen, über die die bürgerlichen Zeitungen lange Berichte veröffentlichen. Niemand von uns wird das Verdienst Hindenburgs in der Abwehr der Russen von Ostpreußen schmälern. Seine jetzige Reise ist aber zu einem rein monarchistischen Rummel geworden. Das geht schon aus der Art der Veranstaltungen hervor: Begrüßung durch die Kriegervereine, Parademarsch, Feldgottesdienst. Auch andere Anzeichen zeigen die einseitige parteipolitische Färbung der ganzen Reiseveranstaltung. Der Besuch des Feldmarschalls gilt ausschließlich Politikern, die der Deutschnationalen Partei angehören: Graf Lehnsdorff, v. Tettau-Knapphausen, Freiherr v. Knyphausen, v. Oldenburg-Januschau, Graf Eulenburg-Prassen, Graf Dönhoff usw. Erheblicher Teile der ostpreußischen Bevölkerung hat sich deshalb eine starke Beunruhigung bemächtigt, die gewisse dem nationalen Schutz der Provinz Ostpreußen dienende und bisher innegehaltene Vereinbarung aufs schwerste gefährdet. Insbesondere eine für den 11. Juni geplante Aufstellung von Königsberger Schulkindern und ein am gleichen Tage abzuhaltender Feldgottesdienst auf dem Devauer Platze bei Königsberg haben die Anhänger der Linksparteien veranlaßt, Gegenkundgebungen anzukündigen. Unter diesen Umständen hat der Minister des Innern die Polizeibehörden angewiesen, die durch die Aufstellung von Schulkindern geplante Kundgebung zu verbieten, wenn die Besorgnis besteht, daß die Kinder durch die Beteiligung an dieser Kundgebung in Gefahr geraten können.

Was die Beteiligung von staatlichen Beamten an den von Gemeinden oder Gemeindeverbänden veranstalteten geselligen Zusammenkünften anlangt, so hat der Minister des Innern den Beamten seines Ressorts die Beteiligung nur unter der Voraussetzung gestattet, daß sie auf diesen Zusammenkünften selbst keine Reden halten und sich vorher darüber Gewißheit verschaffen, daß sie nicht durch Reden anderer Teilnehmer in eine ihren Amtspflichten widersprechende Lage gebracht werden.

Nach dem jetzt vorliegenden endgültigen Reiseplan soll der Aufenthalt Hindenburgs in Ostpreußen vom 19. Mai bis zum 16. Juni dauern. Dabei ist für nicht weniger als 5 Tage, und zwar vom Sonntag, den 28. Mai bis zum Donnerstag, den 1. Juni als „Stammquartier“ Hindenburgs — Januschau vorgesehen!

Eine deutsche Note an die Reparationskommission.

Die deutsche Regierung hat der Reparationskommission eine Note übermittelt, in der es heißt, daß über Einnahmen und Ausgaben des Reiches im Jahre 1922 auf Grund eingehender Nachprüfung ein neuer Plan aufgestellt und eine Erhöhung der Einnahmen auf Grund einer erneuten Schätzung der deutschen Steuern einschließlich des Steuerkompromisses erzielt worden sei. Durch Wegfall von Subventionen und Streichung von Ausgabenaufstellungen seien im ganzen bei den Ausgaben 24,5 Milliarden erspart worden, wozu bei den außerordentlichen Haushalten noch weitere drei Milliarden Ersparnisse in Aussicht stehen. Jedes weitere Anwachsen der schwebenden Schuld soll nach Möglichkeit verhindert werden. Die Regierung glaube jedoch, daß das nur möglich sei unter der Voraussetzung, daß eine ausreichende äußere Anleihe in angemessener Zeit verfügbar wird. Unter dieser Voraussetzung unternehme es die deutsche Regierung, den Stand der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 als normalen Höchstbetrag anzusehen. Sollte der Höchststand gleichwohl am 30. Juni 1922 oder später überschritten werden, so werde die deutsche Regierung Schritte tun, um sicherzustellen, daß die überfällige Summe zurückgezahlt wird, und zwar mit Hilfe von Eingängen oder durch Aufnahme von Krediten oder schließlich durch den Ausbau des Steuersystems.

Grundsätzlich erklärt sich die Regierung einverstanden mit den im Schreiben der Reparationskommission vom 21. März vorgesehenen Nachprüfungen, vorausgesetzt, daß diese Nachprüfungen die Souveränität Deutschlands nicht antasten, den Gang der Verwaltung nicht stören und in die Verhältnisse der Steuerzahler nicht eindringen, die durch Steuergeheimnis geschützt sind.

Ueber die Bekämpfung der Kapitalflucht sei die deutsche Regierung grundsätzlich mit der Reparationskommission einer Meinung. Sie werde alles tun, um die Rückführung des Kapitals im Wege einer äußeren oder inneren Anleihe zu erreichen und der Reparationskommission für den 30. Juni 1922 das Programm für die zu diesem Zwecke vorgesehenen Maßnahmen mitteilen. Schließlich teilt die deutsche Regierung mit, daß die volle Unabhängigkeit der Reichsbank durch Gesetz vom 26. Mai d. Js. sichergestellt ist.

*

Die Pariser Presse zur deutschen Note.

Zur deutschen Note an die Reparationskommission schreibt der „Matin“, es scheine, daß die Antwort bei den auswärtigen Bankiers einen guten Eindruck gemacht habe. Sie haben darin einen Beweis guten Willens erblickt, aber sie dürften doch nicht vergessen, daß dies immerhin erst einfache Versprechungen seien, die einzig und allein aus Furcht vor Sanktionen gegeben worden seien. „Petit Parisien“ vertritt den Standpunkt, die Antwort scheine zu beweisen, daß Deutschland die Notwendigkeit, die Forderungen zu erfüllen, begriffen habe. In ihrer Gesamtheit scheine die deutsche Antwort die Reparationskommission zu befriedigen. „Oeuvre“ schreibt, die Entschlossenheit, die den Widerstand des Berliner Kabinetts gebrochen habe, habe nicht in der Bedrohung Deutschlands mit militärischen Sanktionen bestanden, sondern in der solidarischen Haltung der Alliierten, namentlich Englands und Frankreichs, trotz der Zwischenfälle in Genua.

Paris, 31. Mai. Wie der „Petit Parisien“ mitteilt tritt heute vormittag 11 Uhr die Reparationskommission zu einer sachlichen Prüfung der deutschen Antwortnote zusammen. Der internationale Anleiheausschuß hält heute nachmittag 4 Uhr wiederum eine Sitzung ab.

Eine reaktionär-nationalistische Wahlordnung in Polen.

Die polnische Konstitution vom 17. März 1921 ist nach ausländischen Mustern verfaßt. Sie enthält Schlagworte über Freiheit, Gleichheit, Demokratie und nationale Gleichberechtigung, doch die Praxis war eine Verleugnung und Verhöhnung der Verfassung, die vom Sejm immer gutgeheißen wurde.

Sein letzter Wille von einem Gedanken beseelt: die Reaktion zu verankern, die Arbeiterklasse und die Minderheitsnationen ihrer Rechte zu berauben.

Diese Leitmotive werden der neuen Wahlordnung vorausgeschickt und der Referent der Wahlordination brachte sie folgendermaßen zum Ausdrucke:

„Die Städte sind nicht polnisch, daher müssen sie dem flachen Lande untergeordnet werden. Die kleinen Parteien stören die Arbeit des Sejm, daher müssen sie verdrängt werden."

Vergebens würde man in der Geschichte des bürgerlichen Parlamentarismus derart zynische Aussprüche suchen. Nie wurde so offen die Drangsalierungsabsicht ausgesprochen wie hier.

Die reaktionäre Mehrheit des polnischen Reichstages hat es nun fertig bekommen, selbst mit Hilfe des Verhältniswahlsystems die Arbeiterklasse und die Minderheitsnationen zu entrechten. Erstens erfüllte die Reaktion meisterhaft die Rolle des Aufschneiders der Wahlkreise. Und zwar schnitt sie diese verschiedenartig zu. In Territorien mit nicht polnischer, beziehungsweise gemischter Bevölkerung wurde den Wahlkreisen eine verhältnismäßig geringere Mandatanzahl zugewiesen, als gleich großen Wahlkreisen, die ausschließlich polnisch sind. In Ziffern stellt sich dieses Rechenexempel folgendermaßen dar: Ein Wahlkreis mit 200 000 polnischen und deutschen Wählern erhält beispielsweise — 7 Mandate; ein gleichstarker, rein polnischer Wahlkreis — 10 Mandate.

Der Kunst des Zuschneidens gesellt sich die Kunst der Arithmetik. In der Regel werden — bei Verhältniswahlen — die Mandate auf die in der Wahlkampagne beteiligten Parteien nach dem System des de Hondt aufgeteilt. Und zwar werden nach dem Wahldivisor sämtliche auf den Wahlkreis entfallenden Mandate aufgeteilt. Der Wahldivisor wird auf Grund der Wahlbeteiligung ermittelt. Die Ueberreste werden erst nach der Aufteilung der Mandate der Staatsliste angerechnet. Der polnische Wahl-Arithmetiker-Reaktionär stellt aber einen festen Wahldivisor auf, der in gemischtsprachigen Wahlkreisen ungefähr 24 000 — 28 000 Stimmen beträgt! Natürlich werden sozialistische Parteien und Parteien der Minderheitsnationen in den seltensten Fällen im ersten Wahlgange obigen Wahldivisor erreichen. Noch schwerer aber wird in den nächsten Wahlgängen ein noch höherer Wahldivisor zu erreichen sein. Folge? Die genannten Parteien fallen in den Wahlkreisen durch und können nunmehr nur auf die Staatsliste rechnen.

Aber auch daran dachte die Reaktion, daß das Paradies der Staatsliste nur ihr zugänglich bleibe und schob den kleinen Parteien den Riegel auf folgende Weise vor: Das Recht auf Mandate der Staatsliste erlangen nur jene Parteien, die in mindestens 8 resp. 10 Wahlkreisen ihre Kandidaten durchbringen.

Die Reaktionäre sind gute Mathematiker. Sie haben berechnet, daß bei regelrechter Verhältniswahl den Minderheitsnationen ungefähr 140 Mandate auf die allgemeine Zahl von 408 Mandaten also ungefähr ein Drittel — zufallen würde. Nachdem die Minderheitsnationen in Polen 35 Prozent der Bevölkerung betragen, sollen auch denselben — nach gut bürgerlichen Grundsätzen, nach den Bestimmungen der Verfassung — ungefähr 145 Mandate zufallen. Die Reaktion aber strebt dahin, mit Hilfe der Zuschneiderei, des Wahldivisors und der Staatsliste die Zahl der Mandate der Minderheiten auf 90 herabzudrücken. Wenn die Wahlordnung in der jetzigen Fassung verbleiben sollte, würden die Minderheitsnationen kaum 50 Mandate erreichen.

Ueber dieses Vorgehen der reaktionären Sejmmehrheit schreibt unsere polnische Parteipresse: Womit begründet die Reaktion diesen schamlosen Rechtsraub an der Arbeiterklasse und den Minderheitsnationen? Natürlich mit der Staatsfeindlichkeit!! . . National-Demokraten und die Witospartei als Hüter des Staates? Das ist doch eine recht wahnwitzige Konzeption. . . .

Unlängst haben die National-Demokraten die Witosgänger im Sejm angeklagt, daß sie ein Riesengut Dojlidy um zirka 200 Millionen angekauft und anstatt dasselbe gesetzgemäß unter die Bauern zu parzellieren, haben sie dieses Gut einem Grafen mit einem 200 Millionen-Profit verkauft. Bei dieser Gelegenheit wurden auch anderweitige skandalöse Geschäfte dieser Großbauernpartei demaskiert. Die Revanche der „Witosower" folgte prompt. Witos deckte die Schwindelgeschäfte einer nationaldemokratischen Bank u. a. auf. Diese Parteien, die im Lichte der gegenseitigen Anklagen, ganz gemeinen Raub an Staatsgut begehen, maßen sich an, „staatserhaltende Parteien" zu sein und das moralische Recht auf die Beherrschung der zukünftigen Parlamente Polens zu haben.

Besonders auffallend ist es, daß die Bauern diesen Rechtsraub planen, dieselben die seit Jahrzehnten Hand in Hand mit der Sozialdemokratie um das gleiche Wahlrecht kämpften. Abg. Gen. Daszynski erinnerte die Witosgänger an diese Kämpfe im österreichischen Parlamente, er erinnerte sie an den berüchtigten Ausspruch des konservativen Grafen Dzieduszycki, der zu sagen wagte: „Wie denn? Sie wollen einem Hirten, einem Analphabeten und den Universitätsprofessoren gleiches Wahlrecht verleihen?"

Dereinst verhalfen die Arbeiter und Bauern dem Bürgertum zum Siege über den Feudalismus. Und als das Industrie- und Finanzkapital zur Macht gelangte, bedankte es sich bei den Bauern und Arbeitern durch Knechtung und Entrechtung. Nach dem Kriege verhalfen die Arbeiter Polens den Bauern zum Siege. — Daszynski und Moraczewski beriefen die Bauern in ihre Regierungen. Die P.P.S. stützte das Gesetz über die Agrarreform. Die Witos-Partei bedankte sich mit unerhörten Repressalien gegenüber der Arbeiterklasse, mit Anschlägen auf den Achtstundentag, mit dem freien Handel, der Wahlordnung usw.

Die Arbeiter werden sich dies merken.

Die Geschichtsbücher in den französischen Schulen.

Der Gebrauch der alten Geschichtsbücher im Unterricht ist in Preußen im Dezember 1919 verboten worden, ohne daß indes andere eingeführt worden sind. In Danzig dienen noch immer die alten monarchistischen Geschichtsbücher als Lehrmittel. Für die Abfassung neuer ist die Kenntnis der in außerdeutschen Schulen gebrauchten Geschichtsbücher wertvoll. Der Berliner Schulreformator Dr. Erich Witte, der vor dem Kriege ein halbes Jahr als Austauschlehrer an einem französischen Gymnasium unterrichtete, beschäftigt sich nun in der Zeitschrift „Der Elternbeirat" (Jahrgang 1922, Heft 7) mit den damals in den französischen Schulen gebrauchten Geschichtsbüchern. Er meint, diese überträfen die bei uns früher gebrauchten Schulgeschichtsbücher bei weitem an Objektivität in der Beurteilung der Kaiser und Könige; dies erkläre sich daraus, daß in Frankreich der Geschichtsunterricht in den Dienst der Erziehung zur republikanischen Staatsform gestellt werde. Witte rühmt ferner an den französischen Schulgeschichtsbüchern, daß darin die Bedeutung der internationalen Schiedsgerichte gewürdigt wird und ein europäischer Völkerbund schon damals als erstrebenswertes Ziel hingestellt wurde.

Besonders erkennt er die Objektivität an, mit der die politischen Parteien behandelt werden, die Theorien bedeutender Sozialisten, auch deutscher (Bebel, Auer, Bernstein) entwickelt werden. Am Schluß des Aufsatzes sagt er, er überlasse den Lesern das Urteil darüber, ob diese Art wissenschaftlicher sei oder die von Wilhelm II. durch die folgende Verfügung vom Jahre 1889 geforderte: „Die Schule muß bestrebt sein, schon der Jugend die Ueberzeugung zu verschaffen, daß die Lehren der Sozialdemokratie nicht nur den göttlichen Geboten und der [illegible] Sittenlehre widersprechen, sondern in Wirklichkeit unausführbar und in ihren Konsequenzen dem einzelnen und dem Ganzen gleich verderblich sind."

Russischer Zollkrieg gegen Polen.

Die Sowjetukraine hat ihre Grenze gegen Polen seit gestern für den Warenverkehr vollkommen gesperrt. Eine Bekanntmachung der Zollbehörde von Wolkowysk kündigt an, daß der Verkehr nach zehn Tagen wieder eröffnet werden soll, wobei neue wesentlich erhöhte Zollsätze erhoben werden. Die neuen Zollsätze stellen Prohibitivzölle gegen polnische Waren dar, besonders gegen die Lodzer Manufakturwaren, die danach bis zu 300 Prozent des Warenwertes zollpflichtig sind. Infolgedessen ist der bei Lemberg stattfindende ausgedehnte Grenzhandel plötzlich abgeschnitten und die früheren Bestellungen werden widerrufen. Die „Rzeczpospolita" stellt die tendenziöse Behauptung auf, daß die neuen Zollmaßnahmen gegen Polen die Begünstigung der deutschen Zufuhr über Reval bezwecken. Anzunehmen ist vielmehr, daß dadurch ein Druck auf den beschleunigten Abschluß der bisher sehr stockenden russisch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen ausgeübt werden soll. Tatsächlich hat sich die Lemberger Kaufmannschaft schon an die polnische Regierung mit dem Ersuchen gewandt, ein Handelsabkommen mit der Sowjetregierung herbeizuführen.

Der bayerische Ministerpräsident gegen die extremen Reaktionäre.

Zu dem Besuch des Reichspräsidenten in München am 12. Juni schreibt die „Bayerische Staatszeitung": Es ist sehr bedauerlich, daß eine politische Parteigruppe sich gegen den Besuch ausgesprochen hat, ja sogar Drohungen dagegen hat laut werden lassen. Ebert ist der von der Mehrheit des Reichstages gewählte Präsident der deutschen Republik. Die unverantwortlichen Hetzer, die den Reichspräsidenten beschimpfen und bedrohen, stellen sich durch ihr Vorgehen außerhalb der Verfassung. Sie gefährden auch den guten Ruf des gastlichen München und des treudeutschen bayerischen Volkes. Ministerpräsident Graf Lerchenfeld verurteilte in seiner großen Rede im Landtag die agitatorischen Exzesse ebenso ehrlich wie scharf.

Kommunistische Unterminierung der sozialistischen Regierung Sachsens.

Einer Blättermeldung aus Dresden zufolge wurde im Haushaltsausschuß des sächsischen Landtages das Gehalt des unabhängigen Ministers des Innern Lipinski mit den Stimmen der bürgerlichen und der kommunistischen Parteien gegen die der beiden sozialistischen Regierungsparteien abgelehnt.

Die sozialistische Regierung in Sachsen hat nur dann eine Mehrheit, wenn auch die Kommunisten für dieselbe eintreten. Diese aber sehen ihre „revolutionäre" Aufgabe darin, die sozialistische Regierung zu stürzen, der dann sicherlich eine bürgerlich durchsetzte Regierung folgen wird.

Der Bürgerkrieg zwischen Irland und Ulster.

Die Lage in Ulster wird immer ernster. Scharfe Kämpfe fanden Sonntag nacht an der Grenze von Fermanagh statt. Ein Polizist und fünf Aufrührer wurden getötet, viele verwundet.

Die neue Krankenversicherungsgrenze.

Der Reichstagsausschuß für Sozialpolitik nahm gestern den Gesetzentwurf über die Versicherungspflicht in der Krankenkasse an, wonach die Grenze der Versicherungspflicht von 40 000 auf 72 000 Mark heraufgesetzt wird.

Fräulein

Ein Danziger Heimatroman

51) von Paul Enderling.

(Copyright 1920 by J. G. Cotta'sche Buchhandlg. Nachflg. Stuttgart).

Frau Görke hatte das Bedürfnis, zwischen den beiden harten Männern irgendwie zu vermitteln. „Nicht wahr, Vater hat sich gut erholt?" fragte sie.

„Laß nur!" Görke winkte energisch ab, und Ingenieur Franzius kam ihr nicht zu Hilfe. Frau Görke sah gekränkt und geknickt aus: Sie hatte entschieden eine unglückliche Hand beim Versöhnen . . .

Ingenieur Franzius lächelte. Es war genau die Familienszene, die er sich ausgemalt hatte.

Im übrigen schien er sich nur um die Kinder zu kümmern. Er sah Werners Zeugnisse durch und freute sich, daß er in den Sprachen „gut" hatte. „Da ist euer Fräulein wohl die Hauptschuldige dran, wie?"

Werner prüfte Fräulein genau. Zum ersten Male vielleicht kam ihm der Gedanke, daß Fräulein Verdienste um ihn habe.

Als Ingenieur Franzius mit Werner Schwimmen gehen wollte, erklärte Werner, daß er es jetzt, wo ihn wieder die Schule beanspruchen werde, nicht tun könne.

„Oekonomie der Kraft!" spottete sein Vater, und er ließ ihn.

Eva hing den ganzen Tag an ihm und erklärte ihm alles. Ihr Mund ging wie eine Wassermühle. „Der Ofen ist traurig und schwarz. Aber im Winter ist er fröhlich und lacht. Warum? Weil er dann Kohlen fressen darf." Um halb sechs, als die Zeiger der Uhr sich deckten, erklärte sie das Phänomen: „Die Zeiger spielen Versteckchen."

Sie schleppte die Bücher herbei, aus denen Fräulein ihr bisweilen vorlas. Reineke Fuchs war nicht aufzufinden. „Eva, du wirst es in den Garten geschleppt haben." „Nein, es ist spazieren gegangen." Der Fuchs war ihr Liebling. Er war so herrlich frech und lustig; aber wehtun durfte er keinem seiner Opfer. Schnell mußte dann eine Fee kommen oder ein Fräulein und ein Pflästerchen auf die Wunde legen und trösten.

„Hast du Fräulein lieb?"

„Ja."

„Lieber als mich?"

Sie sah unglücklich von einem zum anderen, und endlich nahm sie beider Hände und vereinigte sie, strahlend über den diplomatischen Ausweg aus dem furchtbaren Dilemma.

Ingenieur Franzius überschüttete sie mit Süßigkeiten. Als er mit Fräulein allein war, sagte er: „Was ist eigentlich mit Thea?"

„Finden Sie sie verändert?"

„Ja. Sie sollte Henning nicht heiraten. Es endet nicht gut."

„Ach, das weiß man vorher nicht."

„Doch, man weiß es. Wenn man lange einsam gelebt hat, wie ich, weiß man gut, welche Menschen auseinandermüssen und welche zusammengehören." Er neigte sich zu ihr, und es klang wie im Zusammenhang mit dem vorigen, als er sagte: „Mein Bruder läßt Sie herzlich grüßen."

Fräulein neigte den Kopf. „Danke, wie geht es ihm?"

„Er macht sich das Leben unnütz schwer. Er will den Berg hinauf laufen. Und man kommt doch am schnellsten und sichersten empor, wenn man langsam steigt. Ist es nicht so?"

„Vielleicht stimmt das für alle, nur nicht für ihn," sagte Fräulein tapfer und sah ihm ins Gesicht.

* * *

Als Fräulein am nächsten Tage nach Danzig fuhr, begleitete sie Ingenieur Franzius. Er schützte einen Besuch bei der kolonialen Gesellschaft vor wegen eines Vortrags.

Auf dem Langen Markt vor dem Artushof spielte die Militärmusik, und der Neptunbrunnen stäubte sein Wasser in den Sonnenschein.

Langsam gingen sie die breite Freitreppe zur Halle empor. Die goldenen Schwerter der Feldherrn an der Fassade blinkten. Der ganze alte Prunkbau war verjüngt von der Sonne des scheidenden Sommers.

Drinnen war es still und kühl. Gedämpft klang die Musik und das Sprechen der vielen Menschen draußen herein. Das Sonnenlicht spielte um die alten riesigen Bilder, die die Wände deckten. Das Purpurrot eines Mantels flammte auf; weiße nackte Leiber schimmerten, warmen Lebens voll. Im Kronleuchter und in den Messingblakern verfing sich das Licht und blitzte zurück.

Fräulein hatte sich vorgenommen, mit Ingenieur Franzius über Lothar zu reden. Sie war fest entschlossen. Sie hatte es schon in der Bahn tun wollen. Aber Fremde hatten im letzten Augenblick im Abteil Platz genommen, und auf der Straße traf man fortwährend Bekannte, die einen anhielten. Wie konnte sie da von Lothar reden? Nun aber in der Stille mußte es gehen. Doch sie fand nicht das rechte Wort. Wie schwer ist doch die erste Stufe zu gehen, dachte sie.

Plötzlich sagte Ingenieur Franzius, als habe er ihre Gedanken erraten: „Schreiben Sie an Lothar! Er wird glücklich sein."

Sie sah abgewandt zu dem Orpheusbild empor. „Wird er?" fragte sie zitternd.

Er nickte nur.

Die Musik klang herüber und das Lachen der Menschen.

„Ich sollte viel mit Ihnen von ihm sprechen," begann er endlich. „Aber ich bin drüben ein bißchen mundfaul geworden. Schreiben kann ich besser. Und dann — Sie werden sich das ja einander einmal selber sagen."

„Wann?" sagte Fräulein, und sie gewann es immer noch nicht über sich, ihn anzusehen.

„Fahren Sie hinüber zu ihm!"

„Nein," sagte Fräulein kopfschüttelnd. „Er schrieb mir, er habe eine Schlacht verloren. Da will ich ihm das Herz nicht noch schwerer machen."

„Eine Schlacht verloren? Schreibt er so was? Warum sagt er nicht auf gut deutsch: Ich bin beim Wettbewerb durchgefallen?"

„Ein Wettbewerb?"

„Ja. Um eine Kirche am Grunewald."

„Warum haben sie ihm aber auch nicht den Preis gegeben?" sagte Fräulein böse.

Ingenieur Franzius sah lachend in ihre blitzenden Augen. „So ist es recht. Sie werden eine gute Kameradin sein."

„Ja," sagte Fräulein, und sie hielt seinen Blick aus. „Denn ich habe ihn lieb."

Er nahm ihre Hand und küßte sie. „Ich werde sehr stolz sein auf meine Schwägerin," sagte er. „Aber nun muß ich auch endlich wissen, wie Sie heißen."

(Fortsetzung folgt.)

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 126 | Mittwoch, den 31. Mai 1922 | 13. Jahrgang

Danziger Nachrichten.

50prozentige Lohnerhöhung im Baugewerbe.

Am Montag und Dienstag tagte unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Ahlbrecht das Tarifamt für das Baugewerbe. Als Vertreter der Arbeitgeber waren erschienen die Herren Fey, Richert und v. Brzezinski. Die Arbeitnehmer wurden durch die Genossen Reek, Spill und Herrn Dulske vertreten. Am Montag wurde ein Schiedsspruch über die strittigen Punkte aus dem Tarifvertrage und am Dienstag über die Lohnfrage gefällt. In den Abendstunden verkündete der Vorsitzende den Spruch, der auf die tariflichen Löhne für die erwachsenen Arbeiter eine Zulage von 50 Prozent und für jugendliche Arbeiter von 20 Prozent vorsieht. Demnach beträgt vom 2. Juni ab der Stundenlohn:

für Maurer	27,85	Mk.
„ Zimmerer	27,85	„
„ Zementfacharbeiter	27,85	„
„ Zementarbeiter	27,80	„
„ Bauhilfsarbeiter	26,85	„
„ Erd- und Tiefbauarbeiter	26,10	„
„ ständige Platzarbeiter	26,10	„
„ Einschaler für Beton	27,85	„
„ jugendliche Arbeiter von 15 bis 17 Jahren	18,00	„
„ jugendliche Arbeiter unter 15 Jahren	14,65	„

Für Lehrlinge, die die Lehrzeit vor dem 16. Lebensjahr begonnen haben:

im 1. Lehrjahre	7,00	Mk.
„ 2. „	9,75	„
„ 3. „	12,55	„

Die Entlohnung der Lehrlinge, die die Lehrzeit erst später beginnen, unterliegt in jedem Einzelfalle besonderer Vereinbarung.

Zu den Löhnen der Maurer und Zimmerer wird eine Geschirrzulage von 20 Pf. die Stunde gezahlt und Bauhilfsarbeiter erhalten für Vorhaltung der Schaufel oder des Spatens eine Geschirrzulage von 10 Pfg. die Stunde. Das Lohnabkommen gilt für einen Monat. Außerdem wurde die Ferienfrage im Sinne des deutschen Reichstarifvertrages geregelt. Der neu abzuschließende Tarifvertrag für Poliere und Schachtmeister wird ebenfalls mit den baugewerblichen Arbeiterorganisationen abgeschlossen werden.

Die Jahres-Generalversammlung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes

der Freien Stadt Danzig tagte am Montag, den 29. Mai im Gewerkschaftshause.

Nach Ergänzung der aufgestellten Tagesordnung erläuterte Kloßowski die im Druck vorliegende Abrechnung über das 1. Quartal 1922, dabei auf die Notwendigkeit der Erhöhung der Bundesbeiträge hinweisend. Nach kurzer Diskussion wurde ihm auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt.

Hierauf begründete der Kollege Kall einen Antrag der Friseure, der die Danziger Arbeiterschaft zur Unterstützung der Organisierung der Friseure auffordert. Zu diesem Zwecke sind Kontrollkarten an die organisierten Friseurgehilfen ausgehändigt, mit denen sie sich der Kundschaft als organisierte Kollegen ausweisen. Die Arbeiter werden aufgefordert, nur die Geschäfte zu unterstützen, die organisierte Gehilfen beschäftigen und die Bedienung durch Unorganisierte zurückzuweisen. Die Diskussion bewegte sich in zustimmendem Sinne. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Nunmehr gab Kloßowski den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr 1921. Er stützte sich hierbei auf den in Broschürenform vorliegenden Jahresbericht und ließ die wichtigsten Geschehnisse am Auge der Delegierten vorüberziehen. Die Geschehnisse lassen klar erkennen, daß die Gewerkschaften schweren Kämpfen entgegengehen. Um so notwendiger sei es daher, die Gewerkschaften auszubauen, die Kassen zu stärken, damit die Bestrebungen der Arbeitgeber und Behörden, die Arbeiterschaft zu unterdrücken, illusorisch gemacht werden.

Der Bundesvorstand erledigte seine Arbeiten in 18 Sitzungen. Ihm gehörten die Kollegen Spill, Klinger, Kloßowski, Haß, Vogel, Joseph, Noggenbuck, Werner und Stegmann an.

Der Schriftwechsel des Bureaus betrug 556 Eingänge und 2982 Ausgänge. Aus Anlaß des Generalstreiks wurden drei Flugblätter in einer Auflage von 120 000 Stück herausgegeben. Zur Agitation für die Krankenkassenwahlen sowie für die zum Gewerbegericht wurden zwei weitere Flugblätter in einer Auflage von 70 000 Stück und 60 000 Stimmzettel herausgegeben. Die sozialen Wahlen brachten dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund einen vollen Erfolg, was auf die rege Tätigkeit der Funktionäre und Vorstände zurückgeführt werden muß.

Die gesamten Einnahmen der dem Bunde angeschlossenen Gewerkschaften betrugen: 4 637 266,84 Mk., die Ausgaben für Unterstützungen betrugen 436 208,75 Mk. Redner ersuchte die Versammelten, dafür zu sorgen, daß die Lokalkassen höhere Einnahmen erhalten, um den kommenden Verhältnissen gerüstet gegenüber zu stehen.

Im Anschluß an den Bericht des Bundesvorstandes gab Kloßowski dann den Kassenbericht des Bundes. Die Kasse balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 92 179,23 Mk. Neben den regulären Beträgen sind weitere Einnahmen durch besondere Unternehmungen des Bundes und eines Zuschusses vom ADGB. Berlin in Höhe von 18 200,05 Mk. zu verzeichnen. Der Bestand des Baufonds betrug am 31. Dezember 1921 58 418,06 Mk. Nachdem der Redner noch auf die gewaltig gestiegenen Ausgaben näher eingegangen war, betonte er die Notwendigkeit der Erhöhung der Bundesbeiträge und bat um Beschleunigung eines solchen Beschlusses. Alles in allem können die Gewerkschaften mit dem Ergebnis des vergangenen Jahres zufrieden sein. Es sei geleistet worden, was unter den gegebenen Verhältnissen zu leisten möglich war.

In der Diskussion wurden Einwendungen gegen die Tätigkeit des Bundesvorstandes nicht gemacht. Alle Redner sprachen sich dahin aus, daß in der nächsten Bundesversammlung die Bundesbeiträge so erhöht werden müßten, daß der Bund seine Aufgaben erfüllen könne. Bei der nun folgenden Neuwahl des Vorstandes wurden folgende Kollegen gewählt: 1. Vorsitzender Fritz Spill, 2. Vorsitzender Leo Klinger, 1. Kassierer Paul Kloßowski, 2. Kassierer Max Haß, 1. Schriftführer Walter Joseph, 2. Schriftführer Willi Vogel, Beisitzer: Eugen Werner, Ernst Noggenbuck und Otto Völkner, zu Revisoren Julius Fischer, Gottfried Herrmann und Walter Dyck.

Hierauf gab Kollege Reek einen kurzen Bericht über die Tätigkeit im Arbeiter-Sekretariat. Die Zahl der Besucher habe sich um über 1000 erhöht und betrage 5117. Er ersuchte die Delegierten, dahin zu wirken, daß die Auskunftsuchenden bei Entstehen eines Rechtsstreits sofort das Sekretariat aufsuchen und nicht erst dann erscheinen, wenn die Berufungsfristen bereits abgelaufen sind. Nur so könnten große Nachteile für die Kollegen verhindert werden. Nachdem der Redner noch kurz auf die Wahlen zu den Versicherungsämtern eingegangen war, bei denen wir von 16 Beisitzern 14 durchgebracht haben, schloß er seinen Bericht. Eine Diskussion fand nicht statt.

Der Vorsitzende Spill ersuchte nunmehr die Anwesenden, in den Mitgliederversammlungen für die geforderte und notwendige Beitragserhöhung zu wirken, weil in der nächsten Delegierten-Versammlung hierüber Beschluß gefaßt werden müßte und schloß die Versammlung.

Aenderungen im Fernverkehr am 31. Mai und 1. Juni.

Bei der Ueberleitung der Züge aus dem alten in den neuen Fahrplan am 31. Mai / 1. Juni d. Js. fallen die Schnellzüge 62 (D-Zug 17) von Danzig Hbf. ab 8.35 Uhr nachm. nach Warschau und 204 (D-Zug 16) von Danzig Hbf. ab 10.08 Uhr nachm. nach Posen am 31. Mai d. Js. aus.

Der von Strebielin um 8.28 Uhr nachm. bisher nach Warschau abfahrende Personenzug 412 (513) endet um 10.28 Uhr nachm. in Danzig. Die Weiterfahrt von Danzig Hbf. um 11 Uhr nachm. fällt bereits am 31. Mai d. Js. aus.

Der neue Personenzug 216 nach Posen verkehrt bereits am 31. Mai d. Js. von Danzig Hbf. um 11.20 Uhr nachm.

Der Schnellzug 701 (D-Zug 8 von Riga über Konitz nach Berlin) wird am 31. Mai / 1. Juni d. Js. in zwei Teilen gefahren werden, und zwar als Schnellzug 701 (D-Zug 8) 1. Teil im neuen Fahrplane von Königsberg bis Berlin am 31. Mai d. Js., Marienburg Ank. 11.27 Uhr nachm., Weiterfahrt um 11.47 Uhr nachm., Tczew (Dirschau) Ank. am 1. Juni 12.09 Uhr vorm., Weiterfahrt um 12.34 Uhr vorm., und Schnellzug 701 (D-Zug 8) 2. Teil im alten Fahrplane von Königsberg bis Berlin am 1. Juni d. Js., Marienburg Ank. 2.40 Uhr vorm., Weiterfahrt um 3 Uhr vorm., Tczew (Dirschau) Ank. 3.22 Uhr vorm., Abfahrt um 3.47 Uhr vorm.

Der Betrüger in der Kneipe. Der Elektriker E. M. in Brösen hatte sich vor der Strafkammer wegen Betruges und Urkundenfälschung zu verantworten. Er ist mehrfach vorbestraft. In einem Lokal beobachtete er abends, wie ein Mann sich benahm und dann angetrunken nach Hause ging. Nach etwa einer halben Stunde klopfte der Angeklagte an das Fenster bei dem Manne, dem er gefolgt war. Die Frau kam ans Fenster und fragte nach dem Begehr. Der Angeklagte wollte den Mann sprechen, und auf die Antwort der Frau, daß der Mann nicht zu sprechen sei und sie die Ausrichtung übernehmen wolle, erklärte der Angeklagte, daß er mit dem Manne soeben in der Kneipe zusammen gewesen sei und daß der Mann aus Versehen 50 Mark in die Tasche gesteckt habe, die dem Angeklagten gehören. Er gebrauche das Geld sofort. Er ließ sich auch nicht bis zum nächsten Morgen vertrösten, da er sonst sofort bei der Polizei Anzeige machen müsse. Schließlich gab die Frau die 50 Mark gegen eine Quittung. Die Quittung unterschrieb der Angeklagte aber mit einem falschen Namen. Als dem Manne am nächsten Morgen die Sache erzählt wurde, kam es heraus, daß die ganze Geschichte Schwindel war. Der Angeklagte ging nur auf Betrug aus, der ihm auch gelungen war. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Betruges und Urkundenfälschung zu 1 Jahr Gefängnis.

Unerwünschter polnischer Zuzug. Der Konditor Johann Brejnokowski aus Polen hatte sich wegen Diebstahls zu verantworten. Er kam nach Danzig, um sich hier eine Stelle zu besorgen. In einem Cafehause traf er mit einem anderen Polen zusammen, und man benutzte die Gelegenheit, um einen Ulster zu stehlen. Am nächsten Tage traf der Bestohlene an der schwarzen Börse die beiden Diebe, die der Bestohlene sofort wieder erkannte. Bei der Haussuchung wurde der Ulster vorgefunden. Der Angeklagte wurde verhaftet und vom Schöffengericht zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt. Die Berufungsstrafkammer erblickte in diesen Diebesbesuchen doch eine sehr gemeine Gesinnung und erhöhte die Strafe auf 2 Jahre Gefängnis.

Ohra. Am Freitag, den 2. Juni 1922, nachmittags 6 Uhr, findet im Rathause zu Ohra eine Gemeindevertretersitzung mit nachfolgender Tagesordnung statt: 1. Vergebung der Straßenbeleuchtungsanlagen; 2. Ankauf von Gelände; 3. Vergebung von Steinlieferungen.

Aus dem Osten.

Marienwerder. Ein deutschnationaler Maulheld. Der Kreisleiter der SPD., Genosse Buchecker, besuchte am 23. Dezember v. J. in dem Dorfe Sedlinen einen Bekannten. Beide statteten dem dicht am Bahnhof Sedlinen belegenen Kriegerdenkmal einen Besuch ab. Als sie den Denkmalsplatz verließen, erschien plötzlich der Schneidemühlenbesitzer Marx aus Sedlinen und machte dem Genossen Buchecker in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des „Kriegervereins" Sedlinen Vorwürfe wegen des Betretens des Denkmalsplatzes. Als sich Genosse Buchecker dies ganz energisch verbat, schimpfte der „Kriegervereinsvorsitzende" in der gemeinsten Art und Weise, warf dem Genossen Buchecker beabsichtigte Sprengung des Denkmals vor und bedrohte ihn schließlich mit den Worten: „Na warte nur Bursche, mit dir rechne ich noch einmal ab." Genosse Buchecker stellte bei der Staatsanwaltschaft in Elbing Strafantrag gegen den Kriegervereinsvorsitzenden. Der Staatsanwalt lehnte den Strafantrag aber ab. Eine Beschwerde beim Generalstaatsanwalt am Oberlandesgericht Marienwerder hatte den Erfolg, daß der Staatsanwalt doch die Anklage gegen Marx erheben mußte. Das Gericht verurteilte den deutschnationalen Maulhelden zu der lächerlichen Strafe von 300 Mark.

Köslin. Ein Kind verhungert. Wegen fahrlässiger Tötung hatte sich der Arbeiter Otto Ristow aus Neuhof vor der Kösliner Strafkammer zu verantworten. Der Angeklagte nahm ein uneheliches Kind in Pflege, wofür 100 M. monatlich gezahlt wurden. Das Kind ist aber beim Angeklagten sehr schlecht behandelt und gepflegt worden, besonders nachdem die Ehefrau des Angeklagten erkrankte. Es ist im Februar d. J. in einem unglaublich elenden und verwahrlosten Zustand vorgefunden worden. Zwei Tage darauf ist es gestorben. Die Sektion der Leiche hat ergeben, daß es buchstäblich verhungert ist. Der Angeklagte wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Stettin. Rückkehr deutscher Schiffe aus Rußland. Auf Grund eines im Dezember 1921 geschlossenen deutsch-russischen Abkommens begab sich der Chef der Seetransportabteilung der Marineleitung, Kapitän zur See Lohmann, am Sonnabend abend mit dem Regierungstransporter „Carbo II" vom Stettiner Freihafen aus nach Petersburg, um die noch in Petersburg liegenden, seinerzeit beschlagnahmten deutschen Schiffe in Empfang zu nehmen. In seiner Begleitung befanden sich die Besatzungen der Schiffe. Ferner hat sich ihm eine Reihe von führenden Persönlichkeiten aus der deutschen Industrie, Handel, Schiffahrt und Presse angeschlossen, die die Gelegenheit benutzen wollen, um sich über die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Arbeitens in Rußland, insbesondere in Petersburg und Moskau, an Ort und Stelle zu informieren.

Königsberg. Festaufführung des Neuen Schauspielhauses zur „Ostpreußenwoche". Das Neue Schauspielhaus wird sich an der im Herbst d. Js. stattfindenden „Ostpreußenwoche", die als Rahmenveranstaltung für die vom Ostpreußischen Schulverein ins Leben gerufene „Wanderausstellung Ostpreußen 1922" vor sich geht, in großem Umfange beteiligen. Zunächst wird als offizielle Festaufführung zur allgemeinen Eröffnung der „Ostpreußenwoche" „Louis Ferdinand, Prinz von Preußen" von Fritz von Unruh gespielt werden. Weiter werden unter Heranziehung bedeutender Gäste aus dem Reich, die geborene Ostpreußen oder mit ihrer Laufbahn von Ostpreußen ausgegangen sind, zwei weitere Festaufführungen veranstaltet werden: Sudermanns „Heimat" und ein weiteres eventl. ebenfalls von einem Ostpreußen stammendes Drama. Den Abschluß der „Ostpreußenwoche" werden zwei Festaufführungen von Grabbes „Napoleon" bilden, die der frühere Leiter des Neuen Schauspielhauses, der jetzige Intendant des Staatstheaters Berlin, Herr Leopold Jeßner, selbst einstudieren und leiten wird.

Königsberg. Ein „schwerer" Diebstahl. Auf dem Kalbahnhof sind in den letzten Wochen 42 T-Träger von 5,50 und 8,95 Meter Länge im Gewicht von 100 Zentnern, die etwa 80 000 Mark wert sind, gestohlen worden. Niemand will den Abtransport der Gegenstände bemerkt haben.

Allenstein. Ein junges Mädchen verbrannt. Die aus Manchengut, Kr. Osterode, stammende 18jährige Emma Blumstein, welche hier die Schneiderei erlernt, benutzte zum Plätten eines Kleides ein Spirituseisen. Beim Nachfüllen von Spiritus explodierte das Eisen und der ganze brennende Inhalt von etwa fünf Liter ergoß sich über die Unglückliche, dieselbe in eine Feuersäule hüllend. Von den Mitbewohnern konnte die Flamme erstickt werden, jedoch erlitt das Mädchen so schwere Verletzungen, daß es nach dem Marienhospital überführt werden mußte, wo die Unglückliche verstorben ist.

Versammlungs-Anzeiger

Zentralverband der Angestellten.
Mittwoch, den 31. Mai, abends 7 Uhr, Vorstandssitzung im Verbandsbüro, Heveliusplatz 1–2, Zimmer 44 a.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.
Donnerstag, den 1. Juni Afa-Vorstandssitzung im Gewerkschaftshaus, Heveliusplatz 1–2, Zimmer 44 a, abends pünktlich um 7 Uhr.

Streikende Zigaretten-Arbeiter und -Arbeiterinnen.
Donnerstag, den 1. Juni, 11 Uhr, Maurerherberge, großer Saal, Versammlung. Jeder muß zur Stelle sein.

SPD. Metallarbeiter. Vertrauensleute.
Donnerstag, abends 7 Uhr, in der Schule Heilige Geistgasse 111 wichtige Sitzung. Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig. Parteibuch legitimiert.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten usw.
Donnerstag, den 1. Juni, 6 Uhr: Oeffentliche Versammlung im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus.

Der Weckruf

Monatliche Sonderbeilage des Arbeiter-Jugendbundes des Freistaates Danzig

Nummer 6 — Juni 1922

Rüstet zum Bundesjugendtag.

Die Pfingsttage gehören der Jugend. Die Natur erstrahlt in ihrem schönsten Frühlingsglanz, und da leidet es die Arbeiterjugend nicht in den Steinwüsten der Großstadt. Hinaus in die Frühlingspracht, um darin Körper und Seele zu baden.

Die Pfingsttage dienen in diesem Jahr der ganzen Arbeiterjugend Deutschlands dazu, sich auf Bezirksjugendtagungen zu treffen, Stunden des frohen Spiels und Freude an der Natur zu erleben. Sie sollen aber auch dazu dienen, die Jugend aufzurufen zum Kampf für Jugendrecht und Jugendschutz, für freies Menschentum.

Der Arbeiterjugendbund für den Freistaat Danzig veranstaltet seinen Landesjugendtag in dem schön gelegenen Kahlbude. Am Nachmittag des 1. Feiertags treffen sich die Jugendvereine im Neckatthal zu frohen Waldspielen, während abends im Lokale Knoblauch in Löblau eine öffentliche Jugendfeier stattfindet. Der 2. Feiertag ist Wanderungen in das herrliche Radaunetal vorbehalten.

Und nun, Burschen und Mädel, sorgt für starke Beteiligung unseres Jugendtages. Laßt uns die Pfingsttage Tage der Freude sein. Und an dieser Freude sollen alle teilnehmen, die Alten und die Jungen, denn dieses Pfingsten soll den Geist des Glaubens und der Zuversicht ausstrahlen auf alle Kreise des arbeitenden Volkes, damit die Reihen der sozialistischen Streiter sich mehr und mehr füllen mit siegesbewußten und gläubigen Kämpfern.

Das Pfingstfest der Arbeiterjugend Deutschlands.

Als im Januar der Reichsausschuß des Verbandes der Arbeiterjugend-Vereine Deutschlands beschloß, in diesem Jahre mit Rücksicht auf die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse keinen Reichsjugendtag zu veranstalten, da herrschte Trauer in den Häusern der Arbeiterjugend, denn es mußten Wanderpläne und Verabredungen, zumeist schon in Bielefeld getroffen, zunächst zu Grabe getragen werden.

Die Gegner meinten, die Absage des diesjährigen Reichsjugendtages sei ein Eingeständnis der Bewegung, daß mit dem Bielefelder Jugendtag zunächst die höchste Steigerung erreicht war, so daß eine neue Reichstagung nur eine Wiederholung oder gar einen Rückschlag bringen könnte. Sie haben beide nicht Recht behalten; die Freunde aus dem anderen Lager mit ihrer stillen Genugtuung und die Genossen in den eigenen Reihen, die vorzeitig die Köpfe hängen ließen. Trotz der unsicheren Verhältnisse, trotz des Beschlusses, keinen Reichsjugendtag zu veranstalten, wird die deutsche Arbeiterjugend in diesem Jahre aufmarschieren zu einer Heerschau, die alle vorhergegangenen weit hinter sich läßt. Während der Pfingsttage finden in Deutschland nicht weniger als achtundzwanzig Bezirksjugendtage statt. Die schönsten Flecken in allen Teilen des Reiches haben sich die Bezirksleitungen als Tagungsorte gewählt.

Hoch im Norden treffen sich auf der Insel Norderney die Oldenburger; im Süden des Reiches werden die Bayern in Würzburg, Augsburg und Regensburg tagen; die Rheinländer treffen sich in Bonn, die Hessen-Nassauer in Weilburg, die Hessen in Osthofen, die Württemberger und Badenser in Pforzheim; im Osten und Nordosten des Reiches werden Königsberg, Insterburg und Neuteich im Freistaat Danzig die Tagungsorte der dortigen Bezirke sein. Besonders reich sind die Städte des Elbstromes bedacht. Der Bezirk Ostsachsen hat Meißen erwählt, der Bezirk Halle-Merseburg Wittenberg und der Bezirk Mittelelbe Magdeburg. Auf den Höhen des Thüringer Waldes, in Ilmenau treffen sich die Thüringer, auf den Höhen des Harzes bei Goslar feiern die Hannoveraner; die Pommern werden sich im pommerschen Freienwalde zusammenfinden; die Genossen aus Mittelschlesien haben Striegau als Tagungsort erwählt, die Niederschlesier werden in Bunzlau tagen, und in Leobschütz wird die letzte gemeinsame Bezirkskonferenz der oberschlesischen Genossen stattfinden. Die Jugend der westlichen Industriegebiete trifft sich in Dortmund und Elberfeld, die Groß-Berliner Arbeiterjugend wird in Cottbus demonstrieren, die Stadt der Mecklenburger ist Rostock; die Pfälzer treffen sich in Edenkoben; der Bezirk Chemnitz hält den zehnten Bezirksjugendtag seit Bestehen unserer Bewegung in Olbernhau i. Erzgebirge ab, die Genossen des Bezirks Leipzig wollen Pfingsten in Roßwein verleben.

Auf allen Tagungen wird die Jugend aufrufen zum Kampf für Jugendschutz und Jugendrecht. Dann werden sie Kundgebungen für die Republik sein. Die Arbeiterjugend Deutschlands wird sich erneut und unzweideutig zur demokratischen Republik bekennen.

Schillerkragen . . .

Auf der Bielefelder Reichskonferenz im vorigen Jahre sagte ein deutscher Jugendgenosse: „Ich sehe den Fortschritt unserer Bewegung darin, daß wir uns sämtlich vom Stehkragen zum Schillerkragen entwickelt haben.“ Und in der Tat, ein Fortschritt mag es sein, daß man sich von Schlips und Kragen getrennt und frei und einfach den Schillerkragen trägt zum Zeichen der Reform und Jugend. Aber prüfen wir doch einmal die Worte des Genossen genauer, fragen wir nur einmal: „Kann man denn tatsächlich den Fortschritt einer Jugendbewegung daran erkennen, daß man vom Steh- zum Schillerkragen, vom Straßenanzug zur Wanderkluft gekommen ist, und gar noch den Fortschritt einer proletarischen Jugendbewegung? Ich bin der Letzte, der nicht seine Freude an der einfachen Wanderkluft seiner Jugendgenossen hat, aber ich bin auch der Letzte, der die großen Schwächen, die diese Entwickelung oft mit sich gebracht hat, verkennt. Meine Kritik soll nicht etwa ein „Zurück vom Reformkleid“ bedeuten, sie will im Gegenteil den Fortschritt, der in der oben erwähnten Entwickelung liegt, zu vertiefen suchen, will den Burschen und das Mädel, die in diesem Reformkleid stecken, etwas zum Nachdenken anregen. Es gibt bei uns Genossen, die durchaus jeden in „Reform“ sehen möchten, ohne vorher geprüft zu haben, ob die Reform des inneren Menschen schon weit genug dafür fortgeschritten ist.

Zuerst sei die Frage aufgeworfen: Hat die Entwicklung vom Steh- zum Schillerkragen auch in der Entwickelung des inneren Menschen überhaupt einen Fortschritt gebracht? Hier kann man entschlossen antworten: Ja! auf jeden Fall. Aber mancher dürfte vergessen, daß wir bei dieser Entwickelung etwas unseren proletarischen Kampfcharakter eingebüßt haben, und manchmal ging es über das Etwas hinaus. — Dabei macht ich den Vorwurf, wir seien nur noch ein Mandolinenklub, den ein Kommunist zu mir ist, weit von mir. Dieser Mensch versteht den Wert einer Reformbewegung gar nicht und scheint auch das Veredelnde der Volksmusik nicht zu kennen. — Und liegt es auch in der Entwickelung der Zeit, daß viele der Politik etwas abhold geworden sind, so darf es doch nicht in ihrer Entwickelung liegen, daß wir der Reaktion, die heute überall, und besonders in Danzig, mit Riesenschritten um sich greift, zu wenig Gegnerschaft bieten. Nein äußerlich, Jugendgenossen, bald sitzt der „fahrende Gesell“ besser als „Arbeiter-Marseillaise“ und „Sozialistenmarsch“. Das darf nicht noch weitergehen. Ich will bei Leibe keine politische, rein politische Einstellung der Jugend, nur sollte sie mehr nach den Waffen suchen, die sie zum Kampf gegen die bürgerliche Reaktion, gegen Unterdrückung und Militarismus anwenden kann. Treibt mehr sozialistische Aufklärungs- und Bildungsarbeit als vorher und verflacht nicht in einer äußerlichen Entwickelung. Es ist nicht damit getan, daß eure Vorstände darauf hinarbeiten, die Kampfeinstellung muß in der Hauptsache von unten kommen, ihr müßt die Waffen verlangen!

Sehen wir uns einmal eine Bewegung an, die nur der Reform angehört. Könnte euch die gleichgültige Stellung einer Jugendorganisation zu allen modernen Problemen befriedigen? Könnt ihr darauf verzichten, euch politisch zu schulen? — Von einem unpolitischen, bürgerlichen Jugendbeweglet, den ich auf lebensreformerischem Gebiete durchaus schätze, bekam ich auf meine Frage: „Was wirst du denn einmal wählen?“ die Antwort: „Ich wähle überhaupt nicht.“ — Genossen, wißt ihr, was das bedeutet? Es ist der strikte Verzicht auf staatsbürgerliche Rechte und Pflichten, den ein Proletarierjunge oder -mädel niemals vor sich verantworten kann; aber es ist auch die Folge einer nur auf Aeußerlichkeiten gerichteten Entwickelung. Hütet euch davor! Nur durch sozialistische Aufklärung und Arbeit könnt ihr einmal euer Proletarierlos verbessern. Und das ist durchaus im Sinne des „Weimarer Geistes“, der doch nichts anderes als eine Betonung des sozialistischen Gemeinschaftsgeistes ist. —

Doch nun noch ein Wort an die radikalen Kleidungsreformer. — Ich bin durchaus mit euern Tendenzen einverstanden, nur kommt es nicht darauf an, daß durchaus jeder die Wanderkluft trägt. Oft ist sie nur ein Mittel, um die eigene Oberflächlichkeit zu verbergen. Wir brauchen da nicht noch Beispielen zu suchen. Oft genug begegnen wir solchen, die wohl äußerlich den Ausdruck des neuen reformierten Menschen tragen, im Innern aber durchaus im Althergebrachten stecken. Wirkt es denn nicht doppelt häßlich, wenn die Wanderlust den Burschen durchaus nicht davon abhält, Alkohol zu sich zu nehmen und eine Zigarette nach der anderen zu verpassen? Und was nützte nur die äußere Reform, wenn ihre Vertreter doch Haß und Zwietracht aus egoistischen Motiven in unsere Reihen säten? Kurz, die Reform des inneren Menschen, die Einstellung auf den sozialistischen Gemeinschaftssinn und höheres freies Menschentum muß Schritt halten mit äußerer Reform, noch besser: muß Bedingung für die äußere Reform werden. Erst dann hätte die Entwicklung vom Steh- zum Schillerkragen den rechten Sinn, erst dann können die Worte des Jugendgenossen aus Bielefeld Berechtigung haben. Ringt euch erst innerlich zu freiem Menschentum durch und gebt dann in eurer Kleidung und euren Gewohnheiten davon Ausdruck! Das heißt: Seid Kämpfer für den lebendigen Sozialismus!

Erich Brost.

Jugendtag!

Hebt die Stirnen hoch, ihr Jungen,
Hebt die Herzen in den Tag,
Daß sie, hell vom Licht durchdrungen,
Ihnen reinen Freudeschlag!

Fühlt die Weihe dieser Stunden,
Eins zu sein im Brudersinn,
Und von diesem Glück verbunden
In euch neuer Zeit Beginn.

Formt in Worte, gießt in Lieder
Eurer Ueberfülle Drang —
Schlägt der Schritt aufs Pflaster nieder,
Schlägt den Takt er euerm Sang.

Frei vom feigen Gotteswahne,
Aufgereckt aus Alltagsnot,
Hebt den Blick zur roten Fahne,
Die als Leuchte vor uns loht!

Tor zur Freiheit, fest verriegelt,
Steht und höhnt noch eisenkühl,
Doch in allen Augen spiegelt
Sich schon Siegeshochgefühl.

Kühn zu stürmen die Gefahren,
Jauchzt ein Lied im Sonnenglanz:
Einmal, Blumen in den Haaren,
Tanzen wir den Freudetanz!

Walter Schenk.

Veranstaltungen im Monat Juni.

Ortsgruppe Danzig.

Donnerstag, 1. 6.: Bewegungsspiele, abends 6 Uhr.
Pfingsten, 4. und 5. 6.: Bundesjugendtag in Kahlbude. Gruppe A: Sonnabend, den 3., 6½ Uhr abends, Heumarkt. Führer Lehrke und Rosenbaum. Gruppe B: Sonntag, den 4., 5½ Uhr morgens, Heumarkt. Führer: Früngel.
Dienstag, 6. 6.: Mandolinenabend.
Mittwoch, 7. 6.: Ausspracheabend über den Jugendtag.
Donnerstag, 8. 6.: Bewegungsspiele, 6 Uhr abends.
Sonntag, 11. 6.: 5 Uhr morgens Heumarkt, Halbtagstour nach Krakau mit Bewegungsspielen. Führer: Sobczynski und Früngel. 7 Uhr abends: Mitgliederversammlung.
Montag, 12. 6.: Mädchenabend.
Dienstag, 13. 6.: Mandolinenabend.
Mittwoch, 14. 6.: Vortrag „Die Familie“. Ref. Genossin Malikowski.
Donnerstag, 15. 6.: Bewegungsspiele.
Sonnabend, 17. und Sonntag, 18. 6.: Sonnenwendfeier.
Montag, 19. 6.: Mädchenabend.
Dienstag, 20. 6.: Mandolinenabend.
Mittwoch, 21. 6.: Vortrag „Die Arbeiterjugendinternationale“. Ref. Gen. Weber.
Donnerstag, 22. 6.: Bewegungsspiele.
Sonntag, 25. 6.: Jugendschutzkundgebung.
Montag, 26. 6.: Balladenabend. Leiter Gen. Erich Brost.
Dienstag, 27. 6.: Mandolinenabend.
Mittwoch, 28. 6.: Diskussionsabend „Die Jugend rechts und links von uns.“ Ref. Gen. Brost und Lehrke.
Donnerstag, 29. 6.: Bewegungsspiele.

*

Ortsgruppe Langfuhr.

Heim: Telegraphen-Kaserne.

Freitag, 2. 6.: Bewegungsspiele, Leiter Wiedewild.
Sonnabend, 3. 6.: Abmarsch zum Bundesjugendtag in Kahlbude. Treffpunkt 7 Uhr abends am Markt. Führer Stamm.
Dienstag, 6. 6.: Musikabend. Leiter Kuhnert.
Mittwoch, 7. 6.: Vortrag „Entwicklungsgeschichte“, Referent Genosse Leu.
Freitag, 9. 6.: Bewegungsspiele. Leiter Wiedewild.
Sonntag, 11. 6.: Gesangsabend. Leiter Morowski.
Dienstag, 13. 6.: Musikabend. Leiter L. Haselau.
Mittwoch, 14. 6.: Mitgliederversammlung.
Freitag, 16. 6.: Bewegungsspiele. Leiter Wiedewild.
Sonntag, 18. 6.: Tour nach dem Quellberg. Führer G. Kuhnert. Näheres wird noch bekanntgegeben.
Dienstag, 20. 6.: Musikabend. Leiter Kirstein.
Mittwoch, 21. 6.: Vortrag „Wesen und Ziel der Arbeiterjugend“. Ref. Gen. Weber.
Freitag, 23. 6.: Bewegungsspiele. Leiter Wiedewild.
Sonntag, 25. 6.: Sonnenwendfeier. Näheres wird noch bekanntgegeben.
Dienstag, 27. 6.: Musikabend. Leiter Kuhnert.
Mittwoch, 28. 6.: Heimabend.
Freitag, 30. 6.: Bewegungsspiele. Leiter Wiedewild.

*

Ortsgruppe Schidlitz.

Heim: Neue Knabenschule, Schidlitz.

Am 4. und 5. 6.: Tour nach Kahlbude.
Am 7. 6.: Heimabend.
Am 14. 6.: Vortrag.
Am 18. 6.: Wanderung (Oliwaer Wald).
Am 21. 6.: Mitgliederversammlung.
Am 28. 6.: Liederabend.
Jeden Dienstag, 7 Uhr: Mandolinenabend beim Genossen Kristen, Höhenweg 8.

*

Ortsgruppe Heubude.

Am 2. 6.: Gesangs- und Mandolinenabend.
Am 4. 6.: Bezirksjugendtag in Löblau.
Am 7. 6.: Ausflug für Mandolinenspieler.
Am 9. 6.: Lons-Abend. Referent Genosse Lons.
Am 11. 6.: Tagestour nach der Albrechtshöhe.
Am 14. 6.: Mandolinenabend.
Am 16. 6.: Mitgliederversammlung.
Am 18. 6.: Tagestour nach dem Ottominer See.
Am 21. 6.: Mandolinenabend.
Am 23. 6.: Rezitationsabend.
Am 25. 6.: Bewegungsspiele.
Am 28. 6.: Mandolinenabend.
Am 30. 6.: Abendausflug.

Danziger Nachrichten.

Polizeiliche Presseschikane.

Der Danziger Polizeipräsident Froböse, der eigens zu dem Zwecke vom deutschnationalen Senat nach Danzig geholt wurde, um in die hiesige Polizeiverwaltung wieder deutschnationalen Geist hineinzubringen, hat sich zu einer großen Tat aufgerafft. Am 26. Mai verfügte er an die hiesigen Zeitungen, daß diese in Zukunft keine täglichen Extrablätter mehr in den Telegrammkästen aushängen dürften. Und diesem Verbot gab er folgende „Begründung“:

Plakate, zu denen die Anschläge in den Telegrammkästen gehören, dürfen nach § 30 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 und § 9 des preußischen Preßgesetzblattes vom 12. Mai 1851 nur Ankündigungen über gesetzlich nicht verbotene Versammlungen, über öffentliche Vergnügungen, über gestohlene, verloren gegangene oder gefundene Sachen, über Verkäufe oder andere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr enthalten. Mit dieser gesetzlichen Bestimmung läßt sich selbst bei weitherziger Auslegung der Inhalt der Anschläge in den Telegrammkästen nicht in Einklang bringen.

Was im Jahre 1922 im Freistaat Danzig noch das preußische Pressegesetz von 1851 zu suchen hat, ist uns unerklärlich. Nächsten wird man hier noch sich auf Verordnungen aus dem Landrecht des alten Fritzen oder der peinlichen Halsordnung Karls V., der zur Zeit Luthers lebte, berufen. Trotzdem wir der Ansicht sind, daß der Aushang von täglichen Extrablättern ein Unfug ist, geht es aber nicht an, dieses generell zu verbieten. Es können Ereignisse eintreten, die die Ausgabe und den Aushang eines Extrablattes notwendig machen. Auffallend ist es auch, daß man sich auf dem Polizeipräsidium jetzt mit einemmal darauf besinnt, daß nach dem preußischen Pressegesetz von 1851 der Aushang von Extrablättern verboten ist. Wir haben nichts davon gehört, daß dieses Gesetz während des Krieges besonders außer Kraft gesetzt wurde. Damals sah es im Gegenteil die Regierung sehr gern, wenn die Zeitungen über die Berichte der Obersten Heeresleitung durch Aushang von Extrablättern veröffentlichten.

Von besonderer Seite wird uns mitgeteilt, daß die Ursache für diesen Kampf des Polizeipräsidenten gegen den Extrablätteraushang die angeschlagenen Veröffentlichungen der „Gazeta Gdanska“ seien. Diese Erklärung ist durchaus glaubhaft. Wenngleich wir für die tendenziösen Schwindelmeldungen dieses polnischen Blattes nichts übrig haben, ist es aber auf keinen Fall anders zulässig, daß eine Freistadtbehörde in der Art des alten Polizeistaates den Kampf gegen die Presse führt. Lächerliche Meldungen wie die „Gazeta Gdanska“ z. B. von dem Ueberfall einiger Rowdys auf zwei französische Kaufleute brachte, richten sich in den Augen aller verständiger Danziger von selbst. Durch diesen polizeilichen Eingriff wird dem polnischen Blatt nur eine Märtyrerkrone ums Haupt gewoben. Wir haben aber keine Veranlassung, durch polizeiliche Tolpatschereien die innere und äußere Lage unseres Freistaates noch zu erschweren.

Gegen das Umsatz- und Luxussteuergesetz und die Wohnungsabgabe.

Die kommunistische Partei hatte zu gestern abend eine öffentliche Volksversammlung nach dem Friedrich-Wilhelm-Schützenhause einberufen, in der Abg. Mahn über die Belastung der Bevölkerung durch die vorstehend genannten Gesetzentwürfe sprach. Der große Saal war nicht ganz gefüllt. Einen nicht unbeträchtlichen Teil der Anwesenden stellte das Bürgertum. Eingangs seiner etwa zweistündigen Ausführungen legte Redner die Gründe für die Obstruktion im Volkstage dar. Die Regierung verlange die Bewilligung von neuen Steuern, ohne den Beweis für deren Notwendigkeit durch Vorlegung der Etats zu erbringen. Mahn vertrat den Standpunkt, daß die Einnahmen aus Zöllen, Einkommensteuer und Branntweinsteuer so hoch sind, daß das neue Umsatz- und Luxussteuergesetz nicht erforderlich ist. Der Senat verbrauche aber gewaltige Summen, um für seine Schützlinge dauernde Beamtenstellen zu schaffen. Redner zeigt dann durch Beispiele die Wirkung der Umsatzsteuer, durch die ein Zentner Kartoffeln um 14 bis 15 Mk., ein Liter Milch um 30 Pf. verteuert wird. Um die Gefährlichkeit der Luxussteuer gebührend zu kennzeichnen, müsse man nicht 6½ Stunden, sondern 6½ Tage Zeit haben. Abg. Mahn teilte dann mit, daß der Ausschuß die Steuerfreiheit der Konsumvereine wiederhergestellt habe. Die Obstruktion werde fortgesetzt werden und im Oktober könne man mit dem Begräbnis der Vorlage rechnen.

Die Wohnungsabgabe wird vom Redner ebenfalls abgelehnt. Ein Zuschlag zur Einkommensteuer habe auch nicht den gewünschten Erfolg. Durch eine Vermögensabgabe könnten genügend Mittel für den Wohnungsbau erfaßt werden. Im Frieden habe das Danziger Vermögen etwa 1 Milliarde betragen, das entspreche heute etwa 20 Papiermilliarden. Selbst wenn davon nur die Hälfte als größere Vermögen herangezogen würden, so würden bei einer 10prozentigen Abgabe von 10 Milliarden Mark, 1 Milliarde Mark aufgebracht werden. Davon kann man 100 000 Wohnungen herstellen. Als zweiter Weg bliebe dann noch der Weg der Kreditaufnahme gegen Verpfändung des gesamten Danziger Grundbesitzes.

Die Versammlung verlief sehr ruhig. Von dem Recht der Aussprache wurde kein Gebrauch gemacht. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Steuerpolitik des Senats und der bürgerlichen Mehrheit verurteilt wird.

Die Beschwerden über das Eichamt veranlaßten die Pressestelle des Senat zu einer längeren Entgegnung, in der von entstellten Tatsachen und unsachlicher Kritik die Rede ist. Wie wenig eine solche anmaßende Sprache seitens der Pressestelle berechtigt ist, geht schon daraus hervor, daß sie in ihrem Schriftsatz selbst erklärt, daß von den 3 an sich schon überbürdeten Beamten des Eichamts einer schon seit mehreren Wochen dienstunfähig ist. Ein neuangestellter Beamter habe jedoch wegen ungenügender Bezahlung seine Stellung wieder aufgegeben. Inzwischen ist wieder ein Beamter eingestellt worden, und das Eichamt hofft, nun allen Ansprüchen genügen zu können. Wenn das wirklich der Fall ist, hat die Veröffentlichung der Zuschrift: „Wie die Arbeitslosigkeit künstlich vermehrt wird!“ ihren Zweck vollauf erreicht.

Versuchte Verleitung zum Meineide. Der Malermeister Gustav Penkwitt in Danzig hatte sich vor der Strafkammer wegen versuchter Verleitung zum Meineide zu verantworten. Wegen eines Klaviers schwebte vor dem Gericht ein Zivilprozeß. Das Instrument war nicht in Ordnung und es handelte sich darum, ob der Verkäufer die Reparaturkosten zu tragen hatte. Der Angeklagte sagte nun zu einem vermutlichen Zeugen, er solle aus Gefälligkeit aussagen, er habe in der Veranda gesessen und gehört, daß der Verkäufer sich verpflichtete, die Reparaturkosten zu tragen. Es wurden für diese Gefälligkeit 1000 Mark versprochen. Der Zeuge war aber garnicht benannt und hatte auch nicht die Absicht, die falsche Aussage zu machen. Der Angeklagte kannte die Prozeßlage nicht, aber er hatte die Absicht, den Zeugen zu verführen. Das Gericht erkannte auf die Mindeststrafe von 1 Jahr Zuchthaus.

Wie die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen gegenseitig verhetzt werden.

In Nr. 122 des „Danziger Volksblattes“ bringt das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften einen Artikel über die Zweckmäßigkeit einer besonderen Organisierung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Der hierzu gegebenen Begründung kann man ohne weiteres zustimmen, denn das Erstarken der Organisationen, ihre Rührigkeit und ihre Erfolge sind Beweise genug für die Notwendigkeit des besonderen Zusammenschlusses. Der Artikel stellt aber weiterhin Behauptungen auf, die auf keinen Fall unwidersprochen bleiben dürfen. Die bestehenden Kriegsbeschädigtenorganisationen, darunter der Reichsbund der Kriegsbeschädigten pp., werden durch Behauptungen angegriffen, für welche die Beweise vollkommen fehlen. Es wird dem Reichsbund eine einseitige sozialistische Tendenz vorgeworfen und zum Eintritt in den Zentralverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener aufgefordert, der die politische und religiöse Neutralität lediglich für sich in Anspruch nimmt, und sie den anderwärts Organisierten rundweg abspricht. Damit wird der Versuch gemacht, die Kriegsbeschädigtenbewegung noch weiter zu zersplittern und zur Einflußlosigkeit zu verurteilen. Dieses Treiben des Zentralverbandes wird von jedem ehrlichen Freund der Kriegsopferbewegung auf das schärfste verurteilt, weil damit die Bewegung immer mehr um die Sympathien in der Oeffentlichkeit gebracht wird. Gerade der Reichsbund ist durch seine parteipolitische und religiöse Neutralität, durch seine einwandfreie Haltung und seine sachliche Arbeit die größte Organisation geworden und zählt gegenwärtig weit über 800 000 Mitglieder. Er ist damit die größte Organisation dieser Art, und ist es daher begreiflich, daß der Zentralverband immer wieder versucht, den Reichsbund unausgesetzt zu verdächtigen, wobei es ihm auf Verdrehungskünste durchaus nicht ankommt.

In Danzig konnte der Zentralverband bisher keinen Fuß fassen, hat sich jedoch mehrere Male in einer Art und Weise bemerkbar gemacht, die das Ansehen der Kriegsopferbewegung in der Oeffentlichkeit herabzusetzen geeignet ist. Es sind von privater Seite angeblich im Auftrage des Zentralverbandes wiederholt an Danziger und auswärtige Bürger Bettelbriefe losgelassen worden, in welchen die Empfänger um die Hergabe größerer Unterstützungen für den Ausbau des Zentralverbandes ersucht wurden. Die amtlichen Stellen haben sich wiederholt mit diesem Unfug beschäftigt und mehrere Male durch Pressenachrichten dagegen Stellung genommen. Die letzte Warnung dieser Art, deren Ursache wiederum der Zentralverband war, erfolgte durch die Pressestelle des Senats am 23. Dezember. Nachdem die Tätigkeit des Zentralverbandes sowohl von den Behörden, wie von den Kriegsopfern abgelehnt und als schädigender Zersplitterungsversuch abgelehnt war, kann ihm nur der Rat erteilt werden, sich auf seinen bisherigen Wirkungskreis zu beschränken. Für die Danziger Verhältnisse genügen die hier bestehenden Organisationen vollständig, und ist es nur zu bedauern, daß sich dieselben nicht schon lange zur gemeinschaftlichen Arbeit zusammengefunden haben. Genau wie im Deutschen Reich hat auch in Danzig der Reichsbund durch seine sachliche Arbeit die größte Mitgliederzahl und damit die Führung erreicht. Es ist bisher noch keiner Danziger Stelle eingefallen, den Reichsbund als sozialistisch zu bezeichnen. Die zu lösenden Fragen der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenversorgung und der Fürsorge sind derartig verzweigter und komplizierter Natur, daß deren Erörterung und Bearbeitung alle Kräfte voll in Anspruch nimmt und für die Erörterung oder Besprechung parteipolitischer Fragen weder Zeit noch Bedürfnis vorhanden ist. Den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen kann nur geraten werden, sich dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Heveliusplatz Nr. 1/2 (ehem. Garnisonlazarett), Zimmer 46, anzuschließen. Rechtsauskunft wird mit Ausnahme von Dienstag und Donnerstag jeder Woche täglich von 8—12 und 3—6 Uhr in der Geschäftsstelle erteilt, und erfreuen sich die Sprechstunden eines regen Zuspruches.

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit. In der Woche vom 14. bis 20. Mai sind in der Stadtgemeinde Danzig einschließlich der Gemeinden Ohra und Emaus an Erwerbslosenunterstützung gezahlt worden: 62 484,94 Mark an 489 Personen gegenüber 69 780,98 Mark an 548 Personen in der Vorwoche.

Geschäftsaufgabe einer alten Danziger Firma. Mit dem Ende dieses Monats wird eine altbekannte Firma zu bestehen aufhören, die auf eine mehr als hundertjährige Tätigkeit zurückschauen durfte. Es ist das Fuhrgeschäft und die Posthalterei Sczersputowski, deren letzter Inhaber die Firma infolge der Ungunst der gegenwärtigen Verhältnisse aufzulösen sich gezwungen sieht.

Das Pferdchen-Neunspiel „Handicap“ ist bisher als Geschicklichkeitsspiel angesehen und geduldet worden. Das Urteil des 5. Strafsenats des Reichsgerichts vom 3. Februar 1921 bietet nunmehr aber eine Handhabe gegen diese und ähnliche sogenannte Geschicklichkeitsspiele, die vielleicht in der Theorie, aber keinesfalls in der Praxis Geschicklichkeitsspiele sind, einzuschreiten.

Nach der kassubischen Schweiz. Die kassubische Schweiz war ein beliebter Ausflugsort für die Danziger. Die Grenze und die Grenzsperre haben uns dieses Ausflugsziel genommen. Die Grenzsperre ist nun wieder etwas gelockert, und man kann daran denken, wieder durch die schönen seenreichen kassubischen Wälder zu wandern. Zwei Danziger machten von Sonnabend bis Montag einen Ausflug in jene Landschaft und sind mit den angenehmsten Eindrücken zurückgekehrt. Die Bevölkerung ist so gastfrei und entgegenkommend wie früher.

Soll man den Kindern bei den Schularbeiten helfen?

Ueber keine Frage der häuslichen Erziehung sind die Meinungen mehr geteilt, wie über diese. Setzt sich der eine Teil der Eltern für unbedingte häusliche Nachhilfe bei den Schularbeiten ein, so erwartet der andere Teil alle Förderung und Belehrung der Kinder ganz allein von der Schule und möchte am liebsten aus diesem Grunde auch alle häuslichen Schularbeiten ausgeschaltet sehen. Bei gründlicher Ueberlegung müßten sie sich aber sagen, daß bei der noch immer bestehenden Ueberfüllung der einzelnen Klassen ein Lehrer gar nicht in der Lage ist, jedem seiner Schüler die wünschenswerte Aufmerksamkeit zu widmen. Er wird notgedrungen sich immer wieder an die besonders geweckten und befähigten Kinder mit schnellerer Auffassungsgabe wenden müssen, wenn er den vorgeschriebenen Lehrplan richtig befolgen, das Lehrpensum in der vorgeschriebenen Zeit mit seinen Schülern durchgehen will. Deshalb müssen immer minder geweckte, nervöse und schwachbefähigte Kinder unbedingt elterliche oder sonstige häusliche Hilfe bei den häuslichen Schularbeiten erhalten. Damit soll nicht gesagt sein, daß ihnen die gestellten Aufgaben durch Eltern oder Geschwister abgenommen oder zum Teil wenigstens für das Kind erledigt werden, sondern die richtige Unterstützung bei den häuslichen Arbeiten liegt darin, daß das Kind unter Aufsicht der Eltern oder verständnisvoller älterer Geschwister in völliger Ruhe und Abgeschiedenheit (also nicht am Fenster, wo es durch das Straßenleben immer wieder in seiner Konzentration gestört wird), langsam und ruhig ohne Hast und Ueberstürzung seine Arbeiten nacheinander erledigt. Je ausgeruhter das Kind sich zu seinen Schularbeiten setzt, um so leichter wird ihm das notwendige Vertiefen in sie werden. Es sollte also nach eingenommenen Mahlzeiten immer erst eine kleine Ruhepause genießen, und dann erst seine Schularbeiten anfertigen. Das laute ablenkende Spiel, zu dem ihm natürlich ebenso die notwendige Zeit gegönnt werden muß, sollte jedem Kinde erst nach Erledigung der Schularbeiten erlaubt sein, denn meist trägt allein die Schuld, wenn dem Kind ein Sammeln und Konzentrieren für die häuslichen Arbeiten unmöglich ist, daß es vor Erledigung derselben umhertollen durfte.

Polizeibericht vom 31. März 1922. Festgenommen 18 Personen, darunter 4 wegen Diebstahls, 1 wegen Handeln mit Noten, 5 wegen Trunkenheit, Schlägerei und Passantenbelästigung, 1 wegen Bannbruchs, 1 in Polizeihaft. — Obdachlos: 1 Person. — Gefunden: 1 br. Portemonnaie mit etwas Geld, 1 Handtasche enthaltend etwas Geld, 1 Spiegel und 1 Notizblock, 1 Brosche, 1 Schlüssel, 1 schwarzer Kinderschuh, Größe 18, 1 Hemmkette, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizei-Präsidiums; 1 Anzahl Knöpfe, Garn und Nähnadeln, abzuholen von Frau Emilie Erdmann, Gr. Schwalbengasse 32, 3 Tr., 1 Zylinderhut im Karton, abzuholen von Paul Kondel, Weidengasse 40, 1 Dobbermann, abzuholen von Prietz, Strohdeich 9.

Quadendorf. Feuer zerstörte das Wohnhaus und den Stall des Besitzers Gurk in Reichenberg. Das Feuer war in der Backstube ausgebrochen. Die Scheune konnte gerettet werden.

Liessau. Nachdem die Maul- und Klauenseuche bei dem Viehbestande des Gutsbesitzers Penner in Liessau Abbau erloschen ist, ist der Sperrbezirk, umfassend das Gehöft des Besitzers Penner in Liessau Abbau sowie das Beobachtungsgebiet, umfassend die Gemeinde Liessau einschl. des Bahnhofs Liessau und die Gemeinde Altweichsel, aufgehoben und diese Orte als freies Gebiet erklärt worden. Ferner ist die Gemeinde Brunau, mit Ausnahme des sogenannten Kl.-Brunau und des Alten Schlosses Brunau, als freies Gebiet erklärt, nachdem eine Gefahr der Uebertragung der Seuche nicht mehr besteht.

Groß-Trampken. Ein Frühlingsfest des Danziger Heimatdienstes fand hier am Sonntag, den 28. Mai, statt. Ueber 50 festlich geschmückte Wagen setzten sich bei prächtigem Sonnenschein zu einem Umzuge durch die angeschlossenen Ortschaften am Nachmittage in Bewegung. Das Ziel des Umzuges war der Wald bei Groß-Trampken. Hier war ein Festplatz hergerichtet, auf dem für Belustigungen aller Art Sorge getragen war. Unter der Leitung seines Dirigenten brachte der Gesangverein stimmungsvoll vorgetragene Lieder zu Gehör. Der Vorsitzende der Ortsgruppe betonte in seiner Begrüßungsansprache die Notwendigkeit der Pflege des Heimatgedankens. Als Festredner hatte die Danziger Zentrale des Heimatdienstes einen Redner entsandt, der auf die Gefahren hinwies, die der deutschen Bevölkerung in Danzig drohen.

BORG
FÜR QUALITÄTS RAUCHER

Wasserstandsnachrichten am 31. Mai 1922.

	27. 5.	28. 5.	Kurzebrack	+ 0,88	+ 0,86
Zawichost	+ 1,06	+ 1,05	Montauerspitze	+ 0,39	+ 0,36
	28. 5.	30. 5.	Piechel	+ 0,24	+ 0,90
Warschau	+ 1,08	+ 1,00	Dirschau	+ 0,38	+ 0,33
	25. 5.	27. 5.	Einlage	+ 2,24	+ 2,10
Plock	+ 0,76	+ 0,73	Schiewenhorst	+ 2,48	+ 2,40
	30. 5.	31. 5.	Nogat:		
Thorn	+ 0,60	+ 0,59	Schönau O. P.	+ 6,66	+ 6,66
Fordon	+ 0,46	+ 0,42	Galgenberg O. P.	+ 4,59	+ 4,60
Culm	+ 0,36	+ 0,31	Neuhorsterbusch	+ 1,90	+ 1,90
Graudenz	+ 0,54	+ 0,51	Anwachs	+ 1,14	+ ,

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	7,00—05	am Vortage	7,00—15
Amer. Dollar .:	273	„ „	272
Englisches Pfund:	1225	„ „	1240

Gosda Schnupftabak
garantiert rein gekachelt
Ueberall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Häkergasse 8.

Aus aller Welt.

Lustmord an einer Dreijährigen.

Das Verbrechen eines Sadisten versetzte gestern vormittag die Gegend am Prenzlauer Tor in Berlin in große Aufregung. Ein kaum drei Jahre altes Mädchen wurde dort das Opfer eines mit bestialischer Roheit ausgeführten Verbrechens. Obwohl die Tat kurz nach der Ausführung entdeckt wurde, ist es dem Wüstling gelungen, zu entkommen. Ueber das schwere Verbrechen werden folgende Einzelheiten gemeldet: In dem Hause Prenzlauer Straße 8 wohnt im dritten Stock des Vorderhauses der Friseur Schmidt, während er unten an der Straße seine Friseurstube betreibt. Frau Schmidt hatte gestern vormittag, wie schon häufiger, ihr kleines dreijähriges Töchterchen Dorothea zum Spielen hinuntergeschickt. Gegen 10 Uhr ist das Kind, ein hübsches kleines Mädchen, noch von verschiedenen Leuten, die es kannten, gesehen worden. Um 10½ Uhr kam die Kleine blutüberströmt in den Laden des Vaters gelaufen, unter dessen Händen, obwohl er als Heilgehilfe alle Maßnahmen sofort traf, sie bald darauf verstarb. Wie sich ergab, waren dem Kinde nicht weniger als sechs Stiche beigebracht worden. Als Tatort wurde durch die Blutspur eine Treppe festgestellt, die vom Hausflur nach dem Keller hinunterführt. Diese Treppe liegt ganz im Dunkeln, weil sie sowohl oben als auch unten durch eine Tür abgeschlossen ist. In dieses Dunkel hat der Wüstling sein Opfer gelockt. Vielleicht hat er es vergewaltigen wollen und erst zum Messer gegriffen, als es sich wehrte und um Hilfe rief. Der Täter ist ohne Zweifel ein Mann, den kurz vorher mehrere Zeugen mit dem Kinde sprechend auf der Straße an der Hausmauer stehen sahen. Dieser Mann, zu dessen Ermittelung die Kriminalpolizei sofort alles aufgeboten hat, ist etwa 24 bis 30 Jahre alt und war gut gekleidet. Auf die Ermittelung des Verbrechers ist eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt.

Der erste Fälscherprozeß gegen Anspach. Wegen Urkundenfälschung wurde gestern gegen den Angeklagten Anspach vor der 4. Strafkammer des Landgerichts 3 in Berlin verhandelt. Anspach wurden in zwei Fällen Fälschungen von Pfandscheinen nachgewiesen, während in einem dritten Falle die Gesamtschuld auf zwei Mitangeschuldigte fiel. Der Angeklagte Anspach wurde zu 10 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Verschollener Dampfer. Nach einer Meldung aus Oldenburg ist der Dampfer „Holstein" mit seiner 18 Personen starken Besatzung verschollen.

Ein Justizirrtum nach 2 Jahren aufgeklärt. Am 5. August 1920 hatte sich der Fuhrherr Otto Schulz aus Lichtenberg vor der 8. Ferienstrafkammer des Landgerichts 1 Berlin wegen Diebstahls zu verantworten. Er wurde beschuldigt, auf dem Güterbahnhof Ost Brucheisen entwendet zu haben und wurde trotz der Versicherung seiner Unschuld zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Grundlage für das Urteil bildeten die eidlichen Aussagen zweier Polizeibeamten, die behaupteten, Schulz mit aller Bestimmtheit als einen der Täter wiederzuerkennen. Die von dem Verteidiger eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen. Ebenso hatte eine gegen die beiden Beamten erstattete Anzeige wegen fahrlässigen Falscheides keinen Erfolg, so daß Schulz jeden Tag damit rechnete, den Befehl zum Strafantritt zu erhalten. Ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens wurde abgelehnt. Durch einen reinen Zufall kam es nun schließlich doch heraus, daß nicht Schulz, sondern ein Arbeiter der wirkliche Täter war. Der wirkliche Dieb legte ein offenes Geständnis ab und wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Von Rechtsanwalt Dr. Stief wurde nun ein zweiter Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt, dem ohne weiteres stattgegeben werden mußte, und die Strafkammer erkannte jetzt nach einer nur wenige Minuten dauernden Verhandlung auf kostenlose Freisprechung des Angeklagten.

Tod zwischen Weinflaschen. In seiner Behausung an der Königinstraße in München, wo er seit 30 Jahren wohnte und von niemanden als gelegentlich einmal von seiner Hausfrau gesehen worden ist, wurde der 52 Jahre alte, in Augsburg geborene Wilhelm Rüscher, der sich Verlagsbuchhändler nannte, als Leiche aufgefunden. Nachdem er zwei Monate seinen Mietzins, den er immer in den Briefkasten der Hausbesitzerin warf, nicht bezahlt hatte, drang man in seine Wohnung ein. Hier bot sich den Eindringenden, die die Wohnung vielfach verschlossen und verriegelt vorfanden, ein schauerliches Bild. Die Leiche war nicht in Verwesung übergegangen, sondern sie machte völlig den Eindruck einer Mumie. Der Sonderling lag am Boden zwischen Hunderten von Weinflaschen und Tausenden von Zeitungen. Seit 30 Jahren hatte auch keine Putzerin oder eine andere Person die Wohnung betreten. Man nimmt an, daß Rüscher an Grippe erkrankt war und sich schließlich doch zur Tür schleppen wollte, was ihm aber nicht mehr gelang. Die Weinflaschen allein repräsentieren heute ein kleines Vermögen.

Ein Pfund Kirschen 25 Mark. Die frühzeitige Hitze hat die Kirschen in der märkischen Obstkammer Werder ungewöhnlich schnell reifen lassen. In dieser Woche hoffen die Werderschen Obstzüchter, die ersten Kirschen auf den Berliner Markt bringen zu können. In einer Versammlung der Züchter wurden die Preise festgestellt, die für die ersten Kirschen gelten sollen. Es wurde beschlossen, für das Pfund Frühkirschen 25 Mark zu fordern.

Deutsche Auswanderung. Im Jahre 1921 sind bereits wieder 28 451 Deutsche in überseeische Länder ausgewandert. Dazu tritt eine nicht unerhebliche Auswanderung in das europäische Ausland.

Der Nobelpreis für Arno Holz? 48 deutschsprachige Hochschullehrer der Literatur und Aesthetik sind bei der Schwedischen Akademie in Stockholm dahin vorstellig geworden, den diesjährigen literarischen Nobelpreis Arno Holz zu erteilen.

Karl Teike gestorben. Der durch seine Militärmusik bekannt gewordene Karl Teike ist in Landsberg a. W. nach wöchentlichem Krankenlager an einem Lungenleiden gestorben. Teike ist hier beim Landratsamt als Kreisamtsgehilfe beschäftigt gewesen. Sein bekanntester Marsch war „Alte Kameraden". Teike ist beinahe 60 Jahre alt geworden.

Verantwortlich für Politik Ernst Loops, Danzig; für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Franz Adomat, Ohra; für Inserate Bruno Ewert, Oliva. — Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

Probieren Sie!

Setzen Sie diese 5 Buchstaben:

c-a-l-i-f-

so zusammen,
daß ein Wort entsteht,
welches an eine in Danzig sehr
bekannte Quelle des Genusses erinnert.

Das Wort läuft demnächst über alle Zungen! (6697

Amtliche Bekanntmachungen.

Die städtischen Flußbadeanstalten am Werdertor werden

am 1. Juni, morgens 6 Uhr eröffnet.

Die Bestimmungen über deren Benutzung sind aus den Anschlägen in den Badeanstalten ersichtlich.

Dauerkarten für die ganze Badezeit mit Zellenbenutzung für eine Person 50 M, für jedes weitere Familienmitglied 25 M sind in der Kämmereikasse erhältlich. (6695

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Mittwoch, den 31. Mai, abends 7 Uhr:
Dauerkarten B 1. Neu einstudiert:

Die Mütter

Schauspiel in 4 Aufzügen von Georg Hirschfeld.
In Szene gesetzt von Dir. Rudolf Schaper.
Inspektion: Emil Werner.

Frau Dora Frey . . . . . Frieda Regnald
Robert, Hedwig | ihre Kinder . . . | Lothar Bühring, Martha Kaufmann
Ludwig Frey, ihr Schwager . Carl Brüchel
Frau Musikdirektor Munk . . Joh. Proft-Galleiske
Rolf, ihr Sohn . . . . . Arthur Armand
Luise, Dienstmädchen bei Dora Frey . . . . . Frieda Werner
Marie Weil . . . . . Dora Ottenburg
Frau Printz, ihre Tante . . . Jenny v. Weber
Grete, deren Tochter . . . . . Erika Fels
Josef, Laufbursche . . . . . Fritz Blumhoff
Ein Arbeitsmann . . . . . Curd Prenzloff

Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 1. **Die lustigen Vagabunden.** (Robert und Bertram II. Teil). Große Posse.

Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 1. **„Die Mütter."** Schauspiel.

Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 1. **Der lebende Leichnam.** Drama.

Pfingstsonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Neu einstudiert: **„Der Trompeter von Säkkingen."** Oper in 3 Akten nebst einem Vorspiel, mit teilweiser Benutzung von Viktor v. Scheffels Dichtung von Rudolf Bunge

Pfingstmontag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. **Das Dreimäderlhaus.** Singspiel in 3 Akten.

Kleine Anzeigen
in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Wilhelm-Theater
Langgarten 31.

Heute, Mittwoch, den 31. Mai
Beginn ausnahmsweise 7 Uhr
Letzte Vorstellung
Intimes Theater

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 11 bis 1 Uhr an der Theaterkasse. (6627

Morgen, Donnerstag, den 1. Juni, abends 8 Uhr
Zum ersten Male:
Prinzessin „Olala"
Operette in 3 Akten von Jean Gilbert.
In Szene gesetzt von Dir. Otto Rueff.

„Libelle"
Nach der Vorstellung:
Intimes Kabarett.
Künstlerische Darbietungen.
Musik, Gesang, Tanz.

Zahn-Kranke
werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen in einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte. Gold-Kronen usw. unter voller Garantie.
Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung.
Institut für Zahnleidende
Telef. 2621 **Pfefferstadt 71 I** Telef. 2621
Durchgehende Sprechzeit von 8—7 Uhr.

Sämtl. Drucksachen
in geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen
Buchdruckerei J. Gehl & Co.,
Danzig, Am Spendhaus 6. Telephon 3290

Robert Ehmann
Altstädtischer Graben 3
neben der Tabakfabrik M. A. Hasse.
Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren
Anfertigung eleg. Herrengarderobe nach Maß
Damen-Kostüme und Mäntel.
Solange alter Vorrat, noch günstige Kaufgelegenheit zu niedrigen Preisen. (6690

Wo ist ein Risiko für die Hausfrau?

Wenn sie zum Kuchenbacken statt des **echten Dr. Oetker's Backpulver „Backin"** ein minderwertiges Backpulver verwendet.

Wenn sie sich, um etwas zu sparen, der Gefahr aussetzt, einen mißratenen Kuchen zu erhalten u. Mühe u. Kosten umsonst aufgewandt zu haben.

Beim Backen ist ein gutes, erprobtes Backpulver das **wichtigste!** Deshalb spare sie nicht an verkehrter Stelle, denn ein minderwertiges Backpulver ist — selbst **geschenkt** — noch viel zu teuer.

Mit **Dr. Oetker's Backpulver „Backin"** ist jede Hausfrau gut bedient, denn **damit gelingt der Kuchen immer.**

Ebenso empfehlenswert sind die bekannten
Dr. Oetker's Puddingpulver,
Dr. Oetker's Vanillinzucker.

OETKERS HELLKOPF

Aeußerst günstiges Pfingst-Angebot!
Besichtigen Sie ohne Kaufzwang mein großes Lager.
Herren-Anzüge 850.-, 1000.-, 1250.-, 1400.- u. höh.
Herren-Raglans 1200.-, 1300.-, 1400.-, 1600.- „ „
Herren-Hosen 175.-, 200.-, 250.-, 300.- „ „
Cutaway u. Weste von **850.-** an. **Manchester-Anzüge, Einsegnungs- u. Knaben-Anzüge,** enorm billig.
Kommen Sie bald, bevor das Lager geräumt ist, in
Stein's Konfektions-Haus nur 21 Häkergasse 21.
Bitte genau auf **Namen** und **Hausnummer** zu achten. 6696

Stroh- Panama- Velour- Filz- Hüte
für Damen und Herren
werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei **sorgfältigster** Ausführung in **kürzester Zeit**
umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhut-Fabrik
Hut-Bazar zum Strauß
Annahmestelle nur Lawendelgasse Nr. 6—7.
(gegenüber der Markthalle). (6

Rügener **Schlemmkreide**
Leinölfirnis, Farben, Lacke, Gyps, Hutlacke in allen Farben empfiehlt
Drogerie a. Dominikanerplatz Bruno Fasel,
Junkerg. 12 a. d. Markth.
(6600 Fernruf 3770.

Empfehle mein
Zigarren-Geschäft
in (6471
Zigarren, Zigaretten
Kau-, Rauch- und Schnupftabak
zu billigsten Tagespreisen
Bitte um w. Unterstützung
E. Balda
Matzkausche Gasse 5a
Ecke Hundegasse.
Telefon 2521.

Weiße Leinenschuhe
(Größe 23) zu verkaufen.
Fooken, (†
Schüsseld. 53/55, Hth. 3 Tr.

Handwagen
kauft **Otto Schulz,**
Schäferei 20. (†

Rohbernstein,
regalfrei, Elfenbein kauft
J. Schmidt,
Breitgasse 69, 2. (6503
Eigene Bernsteinschleiferei.

Maschinenschreiben
auch auf poln. Masch.
Tages- und Abendkurse
Otto Siede, Neugarten 11, I

Blas- und Streich-Musik
für Festlichkeiten stellt
Tripke, Musiker, (†
Frauengasse 32, I Tr.

Wir empfehlen die vorzügliche
Ravenstein-Karte
vom
Freistaat Danzig
Buchhandlung Volkswacht
Am Spendhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

Krakau!
Handwerker sucht für 10 Tage im Juli Unterkunft in Krakau bei Heubude. Bin mit dem Einfachsten zufrieden. Betten habe selbst. Angebote mit Preis bei ganzer oder teilweiser Beköstigung an **Pegö,** Danzig (Danziger Volksstimme), Am Spendhaus 6. (†